Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Volksstimme erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Verantwortlich für die Redaktion: Max Seydewitz, für den Anzeigenteil: Rudolf Kochanski, beide in Halle. — Redaktion: Halle Gr. Brauhausstr. 17, Fernsprecher Nr. 5407. Sprechstunde nur Dienstag und Freitag vormittag von 11½—12½ Uhr. Redaktionsschluß vormittags 10 Uhr. — Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Bezugspreis: Monatlich 1.35 Mark. Beim Abholen aus einer der Geschäftsstellen 1.15 Mk. Bei den Postämtern vierteljährlich 2.70 ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pfg. — Anzeigengebühr: Die 7gespaltene Kolonelzeile 30 Pfennig. Inserate von auswärts 40 Pfennig. Im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Berlin und Expedition: Halle a. S., Große Ulrichstraße 27. — Fernsprecher Nr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 67. Halle, Dienstag, den 25. März 1919. 3. Jahrgang.

Ein reinigendes Gewitter.

Am Sonntag, den 23. März fand in Cöthen eine Konferenz der Vertrauensleute des Bergarbeiterverbandes für den Bezirk Halle statt, die sich vornehmlich mit dem verflossenen Generalstreik beschäftigte. Im Gegensatz zu der wilden Bergarbeiterkonferenz, die am 23. Februar den Generalstreik beschloß, war dies eine ordnungsmäßig einberufene und von den tatsächlich gewählten Vertrauensleuten der Bergarbeiter besuchte Tagung, an der auch eine ganze Anzahl Delegierte teilnahmen, die am 23. Februar in Halle nicht gegen den Generalstreik gestimmt hatten. Auf der Konferenz wurde eine

vernichtende Abrechnung

mit denen gehalten, die die Arbeiter irregeführt, ihre berechtigten Forderungen zu politischen Zwecken mißbraucht haben. Was wir an dieser Stelle zu wiederholten Malen klar umrissen gesagt haben, daß man die Bergarbeiter über die Verhandlungen mit der Regierung am 14. Februar falsch unterrichtet hat, daß man ihnen gesagt hat, sie müßten um die Anerkennung der Betriebsräte kämpfen, während diese schon vor dem Kampfe von der Regierung grundsätzlich anerkannt waren, wurde auch mit unwiderleglicher Deutlichkeit auf dieser Konferenz gesagt und fand

die Zustimmung der Bergarbeiter,

denen die Augen aufgegangen sind über das Gebaren derjenigen, die den Streik wollten, um durch ihn ihre politischen Ziele zu verwirklichen. Um die Regierung zu stürzen, um die Aufrichtung einer Sowjet-Republik zu erzwingen, für deren Durchsetzung man den Augenblick angesichts der scheinbar günstigen Entwicklung in Bayern für den geeignetsten hielt, wurden die Bergarbeiter in den Kampf gehetzt, mußten die Arbeiter schwere finanzielle Opfer und Opfer anderer Art bringen, mußten alle die Erschwernisse eines vierzehntägigen Generalstreiks auf sich nehmen, um dann nachher zu erfahren, daß alle die Opfer umsonst gebracht waren, denn

nichts wurde erreicht,

nichts konnte den Arbeitern von den „Führern" als Ergebnis, als „Erfolg" von den Verhandlungen gebracht werden, als die Anerkennung der Betriebsräte, die aber auch nicht erst durch den Streik, sondern schon lange vorihm von den zuständigen Stellen zugesagt war.

Nun wo Klarheit geschaffen worden ist, wo auch die Bergarbeiter, die in den Streik zogen in dem Glauben, eine berechtigte Sache erst erkämpfen zu müssen, die Wahrheit erfuhren, wo trotz all der demagogischen Kunststückchen und Verdrehungsversuche der Streikmacher das tatsächliche Bild sich zeigt, da geben auch

die Bergarbeiter des hallischen Bezirks ihrer Empörung Ausdruck

und verurteilen die Art, wie man sie gebraucht hat. Wir konnten bereits ausführlich darlegen, wie die Bergarbeiter des Meuselwitzer Bezirks und des Anhalter Reviers über diesen Generalstreik denken, besonders wichtig und bezeichnend ist aber doch das Urteil der Bergarbeiter des hallischen Bezirks. Nach einer eingehenden Aussprache wurde auf der eingangs genannten Bergarbeiterkonferenz am vergangenen Sonntag folgende Resolution

mit 61 gegen 9 Stimmen angenommen:

Die am 23. 3. 19 in Cöthen tagende Bezirkskonferenz des Verbandes der Bergarbeiter beschließt:

Die heutige Konferenz stellt mit Bedauern fest, daß die Delegierten der am 23. 2. 19 in Halle a. S. tagenden Konferenz gröblich belogen und betrogen wurden. Der Generalstreikbeschluß wäre nicht gefaßt worden, wenn die Delegierten über das Ergebnis der Verhandlungen vom 14. 2. 19 in Weimar unterrichtet und die Vereinbarungen mit der Reichsregierung bekanntgegeben worden. Die Konferenz verurteilt entschieden diese gewissenlose Handlungsweise unverantwortlicher politischer Drahtzieher und wird in Zukunft eine Wiederholung solcher arbeiterschädigender Beschlüsse zu verhindern wissen. Die Teilnehmer verpflichten sich, in Zukunft nur Konferenzen zu beschicken, die seitens der zuständigen gewerkschaftlichen Organisationen einberufen werden. Der Bergarbeiterverband ist auch für die Zukunft die einzige Vertretung der wirtschaftlichen Interessen aller Bergarbeiter und verpflichten sich die Konferenzteilnehmer, unausgesetzt für die Ausbreitung der Organisation Sorge zu tragen.

Klarer und schärfer konnte die Absage an die

„gewissenlosen politischen Drahtzieher"

nicht erfolgen, und dem Volksblatt, daß über diese Konferenz bereits gestern berichtete, ist das Ergebnis mächtig auf die Nerven gefallen. Es bringt einen Bericht über die Tagung, der in echter Volksblatt-Manier die Dinge auf den Kopf stellt und daß, was ihm nicht in den Kram paßt, einfach wegläßt. So unterschlägt das Volksblatt die wichtige Resolution vollständig, redete nur von Resolutionen, die man mit 9 gegen 3 Stimmen angenommen hat. Wenn etwas nicht geht, wie es die Volksblatt-Herren wollen, ist natürlich „Schiebung" gemacht worden; in diesem Falle wurde die Konferenz mit den Resolutionen „überrumpelt" und „der größte Teil der hallischen Delegierten war abgereist". Tatsächlich haben von den 71 Delegierten, die auf dieser Tagung waren, 70 über die Resolution abgestimmt, nicht nur 12, wie das Volksblatt glauben machen will, und von diesen 70 haben

61 für und nur 9 gegen die Verurteilung des Generalstreiks

gestimmt. Für die „gewissenlosen politischen Drahtzieher" allerdings ein recht herbes Urteil, daß „umzubringen" man allen Grund hat. Die Art, wie das Volksblatt das „Umbringen" besorgt, ist geradezu „glänzend" und beweist wieder mal, daß das „unabhängige" Organ nicht herauskommt aus dem ewigen Kriegszustand, in dem es mit der Wahrheit lebt, zeigt aber auch, wie „hoch" es seine publizistischen Pflichten einschätzt.

Aber auch ohne das Volksblatt werden die Bergarbeiter dafür sorgen, daß in den Reihen ihrer organisierten Kameraden Klarheit wird, und daß der letzte Bergarbeiter erfährt, was dieser Streik war,

eine Irreführung, eine Täuschung

aller derer, die freudig das Letzte einsetzen wollten für die Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen. Uns warf das Volksblatt in den ersten Tagen nach dem Streik vor, wir hetzten gegen die „Arbeiterführer", weil wir das Gebaren der „gewissenlosen politischen Drahtzieher" brandmarkten. Hier sprachen

die Arbeiter selbst das Urteil,

und es fiel genau so aus wie das unserige zu jener Zeit. Schon jetzt wird es keinem denkenden Arbeiter mehr zweifelhaft sein, wer Verrat an den Arbeiterinteressen übt, und bald wird auch der letzte Arbeiter erkennen, daß diejenigen, die den Mund nie voll genug nehmen können und unbekümmert um Tatsächlichkeiten goldene Berge versprechen, seine falschen Freunde sind, die der Arbeiterschaft, ob nun bewußt oder unbewußt, materiell und ideell schaden. Letzten Endes sind eben die Tatsachen doch stärker als alle schönen Worte und aus dem allergrößten Wust von Verdrehungskunststücken ringt sich die Wahrheit durch. Auch in den Schichten der unabhängig orientierten Arbeiterschaft beginnt es zu dämmern, und die Konferenz der hallischen Bergarbeiter und ihr Ergebnis wird mit dazu beitragen

Klarheit zu schaffen.

*

Ueber den Verlauf der Konferenz selbst ist folgendes zu berichten:

Am 23. März 1919 fand in Cöthen eine Konferenz der Vertrauensleute des Bergarbeiterverbandes für den Bezirk Halle statt. Die Konferenz war von 71 Delegierten besucht.

Garbe eröffnete 8¾ Uhr die Sitzung, teilte mit, daß der Kamerad Sachse an der Konferenz teilnehmen würde und schlug als Leitung der Konferenz drei Mitglieder der Bezirkskommission vor. Es setzte nun zunächst eine Geschäftsordnungsdebatte ein, ob der Steiger Peters, welcher sich als Delegierter des Bezirks-Bergarbeiter-Rates vorstellte, als Delegierter an der Konferenz teilnehmen könne. Nach heftiger Debatte wurde Peters als Gast zugelassen.

Die Tagesordnung lautete:

1. Bericht der Bezirksleitung.
2. Stellungnahme zur Generalversammlung.
3. Verschiedenes.

Garbe berichtete eingehend über die Entwickelung der Mitgliedschaften des Bezirkes, und wies besonders darauf hin, daß diejenigen Zahlstellen, wo sich der politische Kampf außerhalb der Mitgliedschaften abspielte, am besten vorwärts gekommen sind. Ein leuchtendes Beispiel dafür sei Frose. Nachdem Redner die verschiedenen Angriffe gegen seine Person widerlegt hatte, stellte er anheim, man möchte einmal das angebliche Beweismaterial gegen seine Unwürdigkeit vorzulegen. Undeutsch berichtete hierauf über die Einleitung und den Verlauf des letzten Generalstreiks. Er wies darauf hin, daß die Delegierten auf das gröblichste belogen worden seien und gab das Ergebnis der Verhandlung zwischen Regierung und Arbeitervertretern vom 14. Februar 1919 und 5. März 1919 bekannt. Gewissenloser ist wohl noch niemals mit der Existenz von tausenden braver Arbeiter und ihrer Familien gespielt worden.

In der folgenden Debatte gaben die Redner durchweg zu, daß es sich bei dem Generalstreik in der Hauptsache um einen politischen Kampf gehandelt habe. Alle Schuld für den kläglichen Ausgang wurde selbstverständlich der Regierung und den Verbandsangestellten in die Schuhe geschoben. Alle Angriffe gegen Garbe waren entweder kleinlicher persönlicher Kaatsch oder Angriffe auf seine politische Haltung. Letzteres war selbstverständlich die Hauptsache.

Als Gast erhielt Steiger Peters das Wort, der das Gastrecht dazu benutzte, eine 1½stündige politische Hetzrede zu halten. Der junge Mann scheute sich auch hier nicht, dieselben groben Lügen, die ihm schon wiederholt nachgewiesen waren, erneut vorzutragen. Trotzdem Undeutsch am Tage nach dem Generalstreikbeschluß sofort in der Braunschweiger Regierung festgestellt hatte, daß keinerlei Zustimmung zum Streik gegeben war, behauptete Peters wiederum, der Volksbeauftragte Sepp Oerter habe die bestimmte Zusicherung gegeben, daß Braunschweig sich am Generalstreik beteilige. Da Oerter ausdrücklich jede Zustimmung bestritten, liegt es jetzt an Peters, festzustellen, wer geschwindelt hat. Zum Schluß forderte Peters die Delegierten auf, die Räterepublik zu errichten. Hebermann-Frose erklärte, daß der Generalstreik schon am Vorabend der hallischen Konferenz beschlossene Sache war. Ingenieur Rausch habe auf Beitragen, wer denn die Kosten des Streikes trage, erklärt: „wenn wir den Streik gewinnen, muß die Regierung bezahlen."

Sachse ging noch einmal auf die ganze Vorgeschichte der letzten Vorgänge ein und wies an Hand amtlichen Materials nach, daß der Streik tatsächlich frivol vom Zaune gebrochen war. Das Rätesystem war von der Regierung zugestanden, daß es wirklich keinerlei Druckmittel bedurfte, um die Regierung vorwärts zu treiben. Redner schilderte die furchtbaren Vorkommnisse im Ruhrgebiet und wies darauf hin, daß sich bisher alle Bezirke, soweit es sich um Sozialisierung der Betriebe handelte, auf den Standpunkt des Vorstandes gestellt haben. In Bezug auf das Militär steht die Verbandsleitung auf dem Standpunkt, daß es bedauerlich ist, wenn die Arbeiter gegen Gewaltanwendungen ihrer eigenen Klassengenossen militärisch geschützt werden müssen.

Das vorliegende Material gegen Garbe muß er als geradezu lächerlich bezeichnen und kann nur erklären, daß der Vorstand, wenn kein weiteres Material beigebracht wird, nicht gegen Garbe vorgehen kann.

Mit 61 gegen 9 Stimmen wurden hierauf folgende Entschließungen angenommen:

1. Die am 23 März 1919 tagende Konferenz in Cöthen hat von den Anklagen gegen den Bezirksleiter Garbe Kenntnis genommen und erklärt mit Bedauern, daß es sich um unkontrollierbare Gerüchte handelt, die in keiner Weise dargetan haben, daß Garbe nicht immer seine volle Pflicht als Verbandsangestellter getan hat. Es darf innerhalb des Verbandes nicht soweit kommen, daß Mitglieder oder Angestellte wegen ihrer politischen Anschauung von den eigenen Klassengenossen gemaßregelt werden.

2. Die oben im Leitartikel abgedruckte Resolution über den Streik.

Dieses Resultat hatte Herr Peters mit seinen Getreuen nicht erwartet und er belaß als Gast die Frechheit, gegen die Abstimmungen zu protestieren.

Zum zweiten Punkte der Tagesordnung berichtete Undeutsch kurz über die bevorstehende Delegiertenwahl zur Generalversammlung und teilte die Kreiseinteilung mit. Sachse erklärte, daß der Vorstand den Antrag des hiesigen Bezirks, vier Delegierte mehr entsenden zu dürfen, seine Zustimmung versagen mußte. Die Generalversammlung würde sonst, weil gleiche Wünsche auch aus andern Bezirken kommen, durch ihre Stärke arbeitsunfähig werden.

Nach einem Schlußwort des Kameraden Undeutsch, wurde die sehr anregende Konferenz geschlossen.

Wenn wir nicht unterzeichnen.

Genosse Eduard David, Mitglied der Reichsregierung und der für Paris bestimmten Friedensdelegation, hat dem Vertreter des Temps in Weimar erklärt: „Keine deutsche Regierung wird es unternehmen, das politische und wirtschaftliche Todesurteil Deutschlands zu unterzeichnen. Das gleiche wird der Fall sein, wenn die Bedingungen eine langsame Erdrosselung der Kräfte des Landes vorbereiten sollten." Der Temps beschäftigt sich denn auch schon mit der Frage, was man machen solle, wenn Deutschland nicht unterzeichnet. Er macht den Vorschlag, die Entente solle dann in jeder deutschen Region lokale Behörden aufsuchen, um mit ihnen besondere provisorische Verträge abzuschließen. Es gäbe ja auch in verschiedenen Gebieten Deutschlands politische und soziale Organisationen, mit denen man verhandeln könne, und als solche nennt der Temps die katholischen Verbände im Rheinland. Das Blatt meint, der Wunsch der Bevölkerung nach Lebensmitteln und Rohstoffen werde sie zu dem Abschluß derartiger Verträge veranlassen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190325-17/fragment/page=0001

Das französische Regierungsorgan geht also von der Voraussetzung aus, daß im Falle der Nichtunterzeichnung die Blockade, der Hungerkrieg, gegen Deutschland mit voller Stärke wieder einsetzen würde. Ob das aber der Fall wäre, scheint doch noch nicht so ganz ausgemacht. Die Entente verfügt bisher für den Fall der Nichtunterzeichnung noch über kein gemeinsames Aktionsprogramm. Wenn man bedenkt, daß die Ententemächte jetzt bald schon ein halbes Jahr miteinander verhandeln, um über ihre Kriegsziele einig zu werden, und daß in diesen Verhandlungen immer neue Meinungsverschiedenheiten auftauchen, so kommt man zur Annahme, daß die Vereinbarung eines gemeinsamen Vorgehens gegen das nicht unterzeichnende Deutschland gar nicht so einfach wäre.

Wenn Deutschland nicht unterzeichnen sollte, so würde es deshalb nicht unterzeichnen, weil die ihm vorgelegten Bedingungen dem amerikanischen Programm nicht entsprechen. Einen Friedensvertrag, der im Geiste der 14 Punkte Wilsons gehalten wäre, ist Deutschland jeden Tag zu unterzeichnen bereit.

Es ist kennzeichnend, daß selbst der Temps für den Fall der Ablehnung der Friedensbedingungen durch Deutschland eine militärische Besatzungsoperation nicht vorzuschlagen wagt. Warum, wird er wohl selber wissen, denn er kennt ja die Zustände in der französischen Armee und im französischen Volke besser als wir. Für uns ist seine Haltung ein Beweis mehr dafür, daß die Franzosen nicht mehr marschieren wollen.

Der Vorschlag des Temps verrät die Verlegenheit, in der sich der französische Chauvinismus befindet. Uns kann er nur zeigen, das wir auf dem rechten Wege sind, wenn wir nicht alle Bedingungen der Entente unbesehen unterschreiben wollen. Auch für uns, niemand soll das verkennen, brächte die Nichtunterzeichnung ein erhebliches Risiko mit sich. Aber, wer nicht wagt, der nicht gewinnt.

Der Umsturz in Ungarn.

Von dem in Berlin weilenden Vertreter eines großen Budapester Blattes wird den P. P. N. über die Stimmungsfaktoren, die jetzt zum Umsturz in Ungarn führten, folgende Mitteilung gemacht: Für jeden Kenner der ungarischen Verhältnisse war es klar, daß in den letzten Wochen die Lage einer verhängnisvollen Katastrophe zutrieb. Die unausgesetzten Peinigungen durch die Entente haben das Maß überlaufen lassen und zu einer explosiven Entladung geführt. Bei Ausbruch der ungarischen Revolution war allenthalben die Stimmung durchaus ententefreundlich, nicht zuletzt dank der Politik des Grafen Karolyi, der einmal über glänzende persönliche Beziehungen zum Verbande verfügte und andererseits auch während des ganzen Krieges eine stark zur Entente hinneigende Haltung eingenommen hatte.

Aber schon mit Abschluß des Waffenstillstandes kam die Enttäuschung. Unter der im Waffenstillstandsvertrage vorsehenen Besetzung bestimmter ungarischer Gebietsteile hatte man die Besetzung durch englische, französische, amerikanische Truppen verstanden. Statt dessen kamen die Rumänen und drangen bis zur Thiß vor, die Serben besetzten Südungarn bis Szegedin, die Tschecho-Slowaken Oberungarn, also alles Todfeinde der ungarischen Nation. Es folgten fortwährende Ueberschreitungen der Demarkationslinien durch die Truppenkontingente der Besatzungsmächte.

Bei dieser Lage der Dinge waren innerpolitisch bald die größten Schwierigkeiten für die Regierung unausbleiblich. Nahrungsmangel, Kohlenmangel, Verkehrsschwierigkeiten, Arbeitslosigkeit infolge überstürzter Demobilisierung, das war der Nährboden für die junge bolschewistische Bewegung, von der vor zwei Monaten in Ungarn noch kein Mensch etwas hatte wissen wollen. Der prominenteste Führer der bolschewistischen Bewegung ist Dr. Bela Kuhn, der in dem interniwistischen revolutionären Regierungsrat das Volkskommissariat des Aeußeren übernommen hat. Er machte als Kriegsgefangener in Moskau die Bekanntschaft von Lenin und Trotzki und war seinerzeit von ihnen ausersehen, die bolschewistische Bewegung in Deutschland zu organisieren. Später änderte Lenin seinen Entschluß und sandte ihn nach Ungarn. Hier verhandelte Kuhn zunächst mit der sozialistischen Partei, fand aber keine Gegenliebe. Darauf ging er an die Gründung einer eigenen ungarischen Kommunistenpartei, schnitt aber bei dem letzten Budapester Kommunistenaufstande sehr übel ab und wurde im Gefängnis von erbitterten Polizeibeamten furchtbar zugerichtet. Wenn jetzt er und seine Partei Oberwasser hat, so heißt das, daß die Zerrüttung des Landes durch die maßlose Gewaltpolitik der Entente in den letzten Wochen reifende Fortschritte gemacht hat und die stark mit Sozialisten durchsetzte Regierung unter der Präsidentschaft Karolyis an Macht und Autorität stündlich Einbuße erlitten hat. Nur so kann der Bolschewismus in Ungarn erklärt werden.

„Das alte Möbel."

Von der Hefte der National-Konservativen Halles wird mit Trompetenstößen gegen das neue Deutschland gewettert. „Achtet das alte Möbel", mahnt die Hallesche Zeitung und wehklagt, daß man gar so viele der „guten alten" Beamten an die Luft setzt. Dann versteigt sie sich zu der Behauptung: „Die demokratisch-sozialistische Weltanschauung, die der „Politik" der gegenwärtigen Regierung zugrunde liegt, hat all das Elend herbeigeführt, in welchem das deutsche Volk sich jetzt befindet." Und die feudal-diktatorische Weltanschauung, die der „Politik" der ehemaligen Regierung zugrunde lag, meine Herren? — Wenn der Anblick der Millionen Krüppel, Witwen und Waisen, die sie auf dem Gewissen hat, ihre hartnäckigen Vertreter immer noch nicht gezwungen hat, in Sack und Asche einherzugehen und zu schweigen, so sollen sie wenigstens wie wir aufatmen in dem frischen Luftzug, der in den muffigen Amtsstuben einer glücklich überwundenen Zeit sich endlich anfängt bemerkbar zu machen.

Die „Volksstimme"

ladet bei Beginn des neuen Quartals zum Abonnement ein.

Arbeiter! Parteigenossen!

Ihr alle, die Ihr noch nicht unsere ständigen Leser seid

kommt zu uns!

Allein von dem Gedanken geleitet, der sozialistischen Idee zum Siege zu verhelfen, das gesamte Volk als souveränen Herrscher seiner selbst anzuerkennen, sind wir bestrebt durch schnelle Berichterstattung auf allen Gebieten und getreue Verfechtung unseres Parteistandpunktes

das Blatt des aufgeklärten Arbeiters

und Sozialisten zu sein. Denkt an die Bergewaltigung der Presse durch die Unabhängigen, denkt daran, was uns von ihnen trennt:

Hier Arbeit und Aufbau — dort Trümmer u. Splitter!

Werbt der „Volksstimme" neue Leser!

Bezugspreis: Monatlich 1,25 Mk. frei Haus, sonst 1,15 Mk. Bei den Postanstalten: 3,75 Mk. vierteljährlich.

Verwahrung der sozialdemokratischen Ausschußmitglieder gegen preußische Minister.

Im Verfassungsausschuß der Nationalversammlung gab am Montag der stellvertretende Vorsitzende Dr. Quarck (Soz.) namens seiner Freunde die folgende Erklärung ab: „In den beiden letzten Sitzungen der preußischen Nationalversammlung vom 21. und 22. d. Mts. sind von verschiedenen Seiten Aeußerungen über den Beschluß unseres Verfassungsausschusses zur Gliederung des Reichs gefallen, gegen die meine Freunde und ich bei der ersten sich bietenden Gelegenheit schärfste Verwahrung einzulegen für nötig halten. Der deutschnationale Abgeordnete Linz hat von unserem Beschluß als von einer „unerhörten Majorisierung Preußens", der Unterstaatssekretär Dr. Freund von „einer Vergewaltigung Preußens", die in Weimar beschlossen worden sei, gesprochen. Und der preußische Ministerpräsident Hirsch sagte zu unserem Beschluß, daß „der bei der Entente laute Freude erwecken müßte", die preußische Regierung werde sich tatkräftig bemühen, ihn „zu Fall" zu bringen; außerdem wurde unser Beschluß mit den Bestrebungen vermengt, und ihnen gleichgestellt, die angeblich oder wirklich auf eine Losreißung deutscher Reichsteile vom ganzen Reiche hinauswollen. Schon die Form dieser Angriffe geht weit über das Maß hinaus, das die Parlamente der aus ein und derselben Volksbewegung entstandenen deutschen Gesamtrepublik für ihre gegenseitige Kritik beachten sollten. Aber auch der Inhalt der erwähnten Aeußerungen ist völlig unzutreffend. Unser Beschluß ist von dem ehrlichen Bestreben beseelt, unter einer nach Möglichkeit verstärkten Reichsgewalt nicht eine Zerreißung oder Aufteilung des Reiches oder Preußens, sondern einen nach demokratischen Grundsätzen und nach dem Willen der Bevölkerung anzustrebende gleichmäßige Gliederung des Reichs in große Selbstverwaltungsgebiete anzubahnen. Wir weisen also die durch nichts begründeten Angriffe in der preußischen Nationalversammlung mit aller Entschiedenheit zurück." Hierauf ging der Ausschuß über zur Beratung der Zoll- und Steuerfragen.

Unabhängig von der Wahrheit!

Die U. S. P. haben geglaubt, mit der Sozialisierungsfrage einen reichen Fischzug machen zu können. Was ist nicht alles gerade in dieser Frage den Mehrheitssozialisten in die Schuhe geschoben worden und mit welchen Lügen ist vonseiten der Gegner der Mehrheitssozialisten operiert worden. Es hat alles nichts genützt. Die letzten Wahlen haben wiederum gezeigt, daß die übergroße Mehrheit der Arbeiter die brudermörderende Taktik der U. S. P. ablehnt.

Das Hauptorgan der U. S. P., die Berliner Freiheit, veröffentlicht unter dem Titel „Sozialisierungsrummel" nachstehende Notiz:

Ueber die Pläne der Reichsregierung schreibt eine Wirtschaftskorrespondenz: In welcher Weise die Regierung beabsichtigt, ihre Sozialisierungsvorschläge ernst zu nehmen, beweist eine vertrauliche Information, die sie der Presse hat zukommen lassen. Darin wird an die gehorsame Presse die Warnung ausgesprochen, die Behandlung des Sozialisierungsgesetzes in Weimar durch die Nationalversammlung nicht übermäßig zu kritisieren. Die Presse wird gebeten, der Nationalversammlung ins Gewissen zu reden, daß sie das Sozialisierungsgesetz möglichst schnell verabschiede. Die Information lautet wörtlich weiter: „Die Leute in Weimar scheinen nicht zu wissen, um was es sich jetzt handelt. Man muß der Masse ein Beruhigungsmittel geben. Das Sozialisierungsgesetz will man nur jetzt anwenden, bis man B. Heeres gesunden hat. Durch Ausführungsbestimmungen lassen sich Ungerechtigkeiten leicht vermeiden."

Erst wird auf die Regierung geschimpft, daß sie zu langsam sozialisiere, nachdem nun die Regierung ihre Sozialisierungspläne veröffentlicht hat, ist es der U. S. P. auch wieder nicht recht. Jetzt möchten sie den Arbeitern einreden, der Regierung ist es nicht ernst mit der Sozialisierung. Auch mit dieser Taktik werden die U. S. P. nicht weit kommen. Eine vertrauliche Information der Regierung an die „gehorsame Presse" ist nämlich gar nicht erfolgt.

Mit diesem Schauermärchen werden die U. S. P. also ebensowenig Glück haben, wie mit vielen anderen „unabhängigen" Meldungen. Dabei merken die von der Wahrheit und Ueberlegung unabhängigen Herrschaften gar nicht, wie sie ihrem eigenen Parteiführer Kautsky, der in der Sozialisierungskommission sitzt, einen Hieb versetzen.

Uns kann eine derartige „Aufklärungsmethode" der U. S. P. nur recht sein. Je mehr die Anhänger merken, wie sie von ihrer Partei hinters Licht geführt werden,

Die Geschichte zweier Städte.

(25) Roman von Charles Dickens.

„Dr Manette, sehen Sie den Angeklagten an. Haben Sie ihn früher einmal gesehen?"

„Einmal. Als er mich in meiner Wohnung in London besuchte. Es mag drei oder dreieinhalb Jahr her sein."

„Erkennen Sie ihn als Ihren Reisegefährten am Bord des Packetschiffs, oder können Sie uns etwas von seiner Unterhaltung mit Ihrer Tochter sagen?"

„Nein, Sir, weder das eine noch das andere."

„Ist ein eigentümlicher und besonderer Grund vorhanden, daß Sie keines von beiden tun können?"

Er gab mit gedämpfter Stimme zur Antwort: „Ja."

„Sie haben das Unglück gehabt, in Ihrem Vaterlande ohne Prozeß und sogar ohne Anklage eine lange Haft zu erleiden, Dr. Manette?"

Er antwortete in einem Tone, der jedem zu Herzen ging: „Eine lange Haft."

„Sie waren zu jener Zeit erst vor kurzem frei geworden?"

„Das sagte man mir."

„Können Sie sich aus jener Zeit an gar nichts erinnern?"

„Nein. Mein Gedächtnis ist wie verschwunden von einem Zeitpunkt an — ich kann nicht einmal sagen, welcher Zeitpunkt das war, wo ich mich in meiner Gefangenschaft mit dem Verfertigen von Schuhen beschäftigte bis zu der Zeit, wo ich mich in London mit meiner guten Tochter hier wiederfand. Sie war mir vertraut geworden, als ein gnädiger Gott mir die Kräfte meines Geistes wiedergab; aber ich bin sogar außerstande zu sagen, wie sie mir vertraut geworden ist. Ich kann mich durchaus nicht besinnen, wie es gekommen ist."

Der Generalanwalt setzte sich nieder, und Vater und Tochter nahmen ebenfalls wieder Platz.

Ein merkwürdiger Zwischenfall trat jetzt ein. Das Ziel des Beweisführung war, zu zeigen, daß der Angeklagte mit einem noch unbekannten Mitschuldigen in jener Freitagnacht im November vor fünf Jahren mit der Dover-Postkutsche gereist und, um Entdeckung zu vermeiden, des Nachts an einem Orte ausgestiegen sei, wo er nicht geblieben, sondern von wo er einige Dutzend Meilen nach einer Garnisons- und Hafenstadt zurückgereist sei, und daß er dort Erkundigungen eingezogen habe. Ein Zeuge war da, der ihn zu der erforderlichen Stunde im Frühstückszimmer eines Gasthauses in dieser Garnisons- und Hafenstadt, wo er auf jemanden wartete, gesehen haben wollte. Die Kreuzfragen des Verteidigers des Angeklagten lockten keine anderen Antworten hervor, als daß er den Angeklagten nie bei einer anderen Gelegenheit gesehen hätte, als der Herr in der Perücke, der die ganze Zeit über die Decke des Saales angesehen hatte, ein oder zwei Worte auf ein Zettelchen schrieb, es zusammendrehte und dem Verteidiger hinüberwarf. Dieser wickelte das Zettelchen in der nächsten Pause auseinander und betrachtete den Angeklagten mit großer Aufmerksamkeit und Neugier.

„Sie blieben also dabei, daß Sie ganz sicher sind, daß es der Angeschuldigte gewesen sei?"

Der Zeuge war seiner Sache gewiß.

„Haben Sie jemals jemanden gesehen, der dem Angeklagten sehr ähnlich sah?"

Nicht so ähnlich, sagte der Zeuge, daß er sie hätte verwechseln können.

„Sehen Sie sich genau jenen Herrn an, meinen gelehrten Freund gegenüber", sagte er, indem er auf den deutete, der ihm das Zettelchen zugeworfen hatte, „und dann sehen Sie sich den Angeschuldigten genau an. Was sagen Sie nun? Sehen sie sich einander sehr ähnlich?"

Wenn man absieht, daß der gelehrte Freund vernachlässigt und verliederlicht, wenn nicht gar etwas verlumpt aussah, so waren sie allerdings einander ähnlich genug, um nicht nur den Zeugen, sondern auch alle Anwesenden zu überraschen, als sie einander so gegenübergestellt wurden. Nachdem Mylord ersucht worden war, den gelehrten Freund zu veranlassen, seine Perücke abzulegen und er seine sehr gnädige Einwilligung gegeben hatte, wurde die Aehnlichkeit noch viel auffälliger. Mylord fragte Mr. Stryver (den Verteidiger des Angeklagten), ob nun zunächst Mr. Carton (Name des gelehrten Freundes) wegen Hochverrats angeklagt werden sollte? Nein, entgegnete Mr. Stryver dem Oberrichter: aber er wollte den Zeugen fragen, ob nicht das, was einmal geschehen sei, zweimal geschehen könne; ob er so zuversichtlich gesprochen haben würde, wenn er einen solchen schlagenden Beweis für seine Ueberzeugung eher gesehen hätte, ob er, nachdem er ihn gesehen, noch so zuversichtlich sei, und Anklagen mehr. Das Ergebnis von dem allen war, daß dieser Zeuge rein vernichtet war und dieser Teil der Beweisführung vollständig ins Wasser fiel.

Mr. Stryver rief dann seine paar Zeugen auf, und Mr. Cruncher hatte dann aufzupassen, wie der Herr Generalanwalt den ganzen Anzug, den Mr. Stryver den Geschworenen angepaßt hatte, um und um wendete und zeigte, wie Barsad und Cly sogar noch hundertmal besser wären, als er geglaubt hätte und der Angeklagte noch hundertmal schlechter. Zuletzt kam Mylord selbst, der dem Anzug bald das Auswendige nach innen, bald das Inwendige nach außen kehrte, aber doch im ganzen sehr entschieden ein Sterbekleid für den Angeklagten daraus zurechtschnitt.

Und jetzt traten die Geschwornen zusammen, um das Urteil zu erwägen, und die Schreibsklaven fingen wieder an zu summen.

Mr. Carton, der solange die Decke des Gerichtssaales angesehen hatte, wechselte selbst in dieser Pause der Aufregung weder seinen Platz noch seine Haltung.

Und doch war dieser Mr. Carton viel aufmerksamer auf das, was geschah, als er zu sein schien; denn jetzt, als Miß Manette Köpfchen auf die Brust sinken war, wurde er es zuerst gewahr und sagte laut: „Kürzester! Springen Sie der jungen Dame bei. Helfen Sie dem Herrn, sie hinausführen. Sehen Sie nicht, daß sie gleich niedersinken wird?"

Sie konnten nicht einig werden und wünschten abzutreten. Mylord (der vielleicht immer noch nicht George Washington vergessen hatte) zeigte sich etwas verwundert, daß sie nicht einig waren, aber er gab seine huldvolle Einwilligung, daß sie unter Verschluß und Bewachung abtreten könnten, und trat selbst ab. Die Verhandlung hatte den ganzen Tag gedauert, und die Lampen im Saal wurden jetzt angebrannt. Es machte sich die Meinung geltend, daß die Geschwornen lange ausbleiben würden. Die Zuhörer verloren sich, um Erfrischungen zu sich zu nehmen, und der Angeklagte zog sich in den Hintergrund der Angeklagtenloge zurück und setzte sich. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190325-17/fragment/page=0002

wie gering die Urteilskraft der Anhänger eingeschätzt wird, desto eher werden sie sich von solcher „Unabhängigkeit" mit Entrüstung abwenden.

Privilegierte Arbeitermißhandlungen.

Daß auch das neue Regime die brutale Junkerwirtschaft noch nicht überall ertöten konnte, weiß man nur allzu gut. Daß aber noch Gerichtsbehörden unter Berufung auf formale Bedenken die eidlich nachweisbare Klage einer Frau über ihre und ihrer Tochter schwere tätliche Mißhandlung durch ihren Gebieter diese Mißstände decken, ist das Unerhörteste, was sich bisher noch ereignete. Wir entnehmen einer uns zugegangenen Zuschrift folgenden Tatbestand:

Die Töchter der Frau Schieweck wurden von der Gutsbesitzerfrau „Madame" Wiesberger aus Pariedlauken (Kr. Pillkallen) bei der Arbeit mit dem Stocke bedroht und flüchteten. Als die Mutter sie dagegen in Schutz nahm, provozierte der ehrenwerte Gutsbesitzer die Frau, indem er sie zu zwingen versuchte, die Mädchen allein wieder in den Wald zu schicken. Auf ihre Widerrede hin schlug er sie mit einem etwa 80 Zentimeter langen Gummischlauch, den der biedere Junker extra für den Zweck bei sich geführt zu haben schien, über den Kopf und ins Genick. Die Frau klammerte sich an den Schlauch fest und schützte sich so vor weiteren Angriffen, wurde aber von dem Raudi auf dem Hof und Acker hin und her geschleppt, bis er des schönen Spiels müde wurde. Die dazwischenspringende Tochter schlug er mit einem Axthieb nieder, so daß sie bewußtlos hinfiel . . . Die bei der Staatsanwaltschaft Insterburg erstattete Anzeige hatte den Erfolg, daß das Verfahren mangels unbeteiligter Zeugen, die den Sachverhalt hätten klarstellen können, eingestellt wurde. Die Frau Schieweck und ihre Tochter können den Sachverhalt eidlich bezeugen.

„Madame" mit dem Stock, der Herr Gutsbesitzer mit dem Schlauch — der Herr Staatsanwalt ohne Zeugen! Ein jeder weiß, daß kein Mensch so dumm ist, sich zu Straftaten die Zeugen extra einzuladen. Darum dürfen in dem Preußen von 1919 noch die unerhörtesten Arbeitermißhandlungen, wo der Ausbeuter nicht einmal vor dem weiblichen Geschlecht der Mißhandelten Achtung hat, straffrei begangen werden!

Haben wir noch ein Recht?

Die Geldforderungen Wilhelms II.

Vor einigen Tagen ging die Nachricht durch die Presse, daß Wilhelm II. an die deutsche Regierung mit Geldforderungen herangetreten sei. Es hieß, daß er einen Anspruch auf 75 Millionen geltend gemacht, von der deutschen Reichsregierung jedoch nur 600 000 Mark erhalten habe. Diese Meldung ist falsch. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß Wilhelm II. das Recht an seinem Privatvermögen zusteht. Es ist ihm deshalb im Dezember der Betrag von 1 Million Gulden zur Erwerbung eines eigenen Besitztums in Holland überwiesen worden. Zur Regelung der sonstigen Ansprüche ist eine Kommission eingesetzt, die bereits arbeitet. Die seinerzeit ausgesprochene Beschlagnahme des Vermögens hatte den alleinigen Zweck, dieses Vermögen zu sichern.

Der Entwurf eines Jugendwohlfahrtsgesetzes.

Das Reichsamt des Innern beschäftigt sich gegenwärtig mit dem Entwurf eines Jugendwohlfahrtsgesetzes. Das Gesetz wird nicht mehr Jugendfürsorgegesetz heißen. Entsprechend den Vorschlägen aller namhaften Fachmänner und in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Jugendfürsorgetages, der im September 1918 in Berlin stattgefunden hat, wird der Entwurf von dem Gedanken ausgehen, wenigstens die grundlegenden Gedanken im Wege der Reichsgesetzgebung zum Ausdruck zu bringen.

Zwangserfassung der ausländischen Effekten.

Die Vorbereitungen für die Zwangserfassung aller ausländischen Effekten in deutschem Besitz sind nunmehr, wie die „V. P. N." erfahren, soweit gediehen, daß die Veröffentlichung der darauf bezüglichen Verordnungen unmittelbar bevorsteht. Der zwangsweise Erwerb von Wertpapieren trifft Schuldverschreibungen, Obligationen und Aktien aller Art in gleicher Weise, sofern es sich nicht um Werte der bisher mit Deutschland verbündeten Staaten oder Rußlands handelt, die ausdrücklich von der Entente ausgeschlossen wurden. Ob für gewisse Arten von Wertpapieren, z. B. für Valutapapiere, die zur Abdeckung ausländischer Schulden aus der Zeit vor dem Kriege von deutschen Firmen erworben wurden, eine Ausnahmebehandlung oder ein Ausschluß von der Zwangsverwertung in Frage kommt, wird sich wohl nur von Fall zu Fall auf besonderen Antrag hin entscheiden lassen, worüber letzten Endes der Reichsfinanzminister zu befinden hat. Solche Werte dürften aber, wenn sie von den Folgen der Beschlagnahme frei bleiben, für den Handel gesperrt werden.

Ein Grundsatzfester.

In der preußischen Landesversammlung stellte Genosse Heilmann fest, daß der unabhängige Abgeordnete, Rechtsanwalt Lichtenstein (Kattowitz), der vor ihm gesprochen hatte, noch bei den Wahlen zur Nationalversammlung Sozialdemokrat gewesen ist, und zu den Unabhängigen erst überging, als er dort auf die erste Stelle der Liste kam, während er bei den Sozialdemokraten an einer aussichtslosen Stelle hätte stehen sollen. Lichtenstein versuchte sich zu entschuldigen, indem er erzählte, seine schlechten Erfahrungen mit der Sozialdemokratie auf dem Rätekongreß hätten ihn zu dem Parteiwechsel veranlaßt. Aber da dies augenscheinlich nicht wahr sein konnte, weil er ja noch bei den Wahlen zur Nationalversammlung als Sozialdemokrat aufgetreten ist, lachte ihn das ganze Haus aus und kennzeichnete ihn in derben Zurufen als Mandatsjäger und Konjunkturpolitiker.

Die ganze Angelegenheit aber, über die alle Zeitungen berichten, ist in der Freiheit, dem Berliner Organ der Unabhängigen, glatt unterschlagen. Die Unabhängigen dürfen danach nicht erfahren, wie sehr sie von gewissen Strebern irregeführt und mißbraucht werden. —

Kurze Notizen.

Arbeiterratswahlsieg in Hamburg. Bei den Arbeiterratswahlen in Hamburg am Sonntag erhielt die Liste Hensel, S. P. D., 240 Sitze, die Liste der U. S. P. D. Wichert 37 Sitze, die Liste der Kommunistischen Partei Laufenberg 25 Sitze. Auf die bürgerlichen Listen und die Sonderlisten entfielen 98 Sitze.

Die Eisenbahner in Elsaß-Lothringen. Havas meldet aus Straßburg: Die Eisenbahner in Elsaß-Lothringen haben den Beschluß gefaßt, sich vom 1. Mai ab der Gewerkschaft der französischen Eisenbahner anzuschließen.

Da die Ausfuhr des Goldes nach Brüssel, wie der Entente bereits mitgeteilt wurde, am Mittwoch, den 26. März, erfolgt, so dürfte die Lieferung der Lebensmittel in kurzer Zeit beginnen.

Preußische Landesversammlung.

Fortsetzung der Besprechung der formellen Anfragen über die Abtrennungsbestrebungen.

Abg. **Dr. Heß** (Ztr.): Aus nationalen Sorgen treten wir für die Errichtung der rheinischen Republik ein, um das linke Rheinufer wenigstens noch für das Reich zu retten. Eine Loslösung vom Deutschen Reiche wäre allen Bewohnern des linken Rheinufers unerträglich.

Unterstaatssekretär **Dr. Freund**: Die außenpolitischen Gründe des Zentrums für die Errichtung der westdeutschen Republik werden abgeschwächt durch die innerpolitischen Gesichtspunkte, die es geltend macht.

Abg. **Adolf Hoffmann** (U. S.): Die Abtrennung des Rheinlandes von Preußen wollen Sie ja doch nur deshalb, weil Sie hoffen, dann weniger zu den Kriegssteuern und Kriegskosten herangezogen zu werden. Wenn der unselige Bruderzwist zwischen uns nicht wäre, dann würden viele von den Zentrumsleuten nicht hier sitzen. Aber ich hoffe, die Arbeiterschaft wird schließlich doch die Einheit zu erzwingen wissen. Wir widersprechen jeder Loslösung, weil wir eine einheitliche Republik für das ganze deutsche Volk wollen.

Abg. **Dannesberg** (Welfe): Die Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und Moral erfordern die Wiederherstellung eines selbständigen Hannover im Rahmen des Reiches.

Ministerpräsident **Hirsch**: Die Regierung steht diesem Gedanken ebenso ablehnend gegenüber, wie den rheinischen Sonderbestrebungen. Durch Ausscheidung von Hannover soll Preußen in zwei Hälften zerrissen werden. Ich bin überzeugt, im Falle der Volksabstimmung würde sich die große Mehrheit der hannoverschen Bevölkerung für Preußen erklären. (Beifall.)

Abg. **Slendel** (Dn.): Ich bestreite Herrn Dannesberg das Recht, hier im Namen des hannoverschen Volkes zu sprechen.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. **Runge** (Soz.) empfiehlt als Schlußberichterstatter die beiden vorliegenden Entschließungen, in denen sich die Landesversammlung 1. gegen alle Loslösungsbestrebungen einzelner Gebietsteile von Preußen, 2. gegen jede Einverleibung rheinischer Landesteile, insbesondere des Saarbeckens, sowie des Bezirkes Montjoie, Malmedy und St. Vith, und gegen die Errichtung eines rheinischen Pufferstaates ausspricht. Die Entschließung zu 1. wurde unter Stimmenthaltung des Zentrums, die Entschließung zu 2. einstimmig angenommen.

Dienstag 1 Uhr: Mitteilung des Präsidenten über den Beschluß der Regierung und Notetat. Schluß 6½ Uhr.

*

Der Seniorenkonvent trat am Vormittag nach Schluß der Sitzung zusammen. Ueber seine Beratungen ist folgendes mitzuteilen: Ueber die für Dienstag auf der Tagesordnung stehende Mitteilung der Regierung über die Bildung der neuen Regierung und über den Notetat wird voraussichtlich noch nicht gesprochen werden, weil nachträglich noch die Polenfrage auf die Tagesordnung gesetzt worden ist, mit deren Beratung man voraussichtlich am Dienstag fertig werden wird. Am Mittwoch erst wird der Notetat im Zusammenhang mit der Regierungserklärung besprochen werden. Später kommen die Interpellationen über die Ernährung an die Reihe, mit deren Beratung man bis zum Sonnabend fertig zu werden hofft. Dann soll Vertagung eintreten.

Gewerkschaftliches.

Konzentration der Angestelltenbewegung. Schon während des Krieges hatten sich die zahlreichen Verbände der Privatangestellten zu großen Arbeitsgemeinschaften zusammengeschlossen, um so ihren sozialen Bestrebungen erhöhten Nachdruck zu verleihen. Als Hauptgruppen kamen in Frage die Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Verbände, die Arbeitsgemeinschaft technischer Verbände und die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände. Die Revolution brachte alsdann eine wesentliche Aenderung des Kräfteverhältnisses der einzelnen Gruppen. Aus der A. K. V. sind drei große Organisationen ausgeschieden, die übrigen ihr angeschlossenen Verbände begründeten den Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände. Der Gewerkschaftsbund steht auf mittelständischer Grundlage und betrachtet die Privatangestellten als eine Mittelschicht zwischen den Arbeitgebern und den Handarbeitern. Die Arbeitsgemeinschaft technischer Verbände, die aus dem Deutschen Techniker-Verband und dem Deutschen Werkmeister-Verband bestand, hat sich aufgelöst, nachdem der Werkmeister-Verband mit Wirkung vom Januar 1919 der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände beigetreten war. Gleichzeitig ist auch der Deutsche Techniker-Verband in Verschmelzungsverhandlungen mit dem an die AfA angeschlossenen Bund der technisch-industriellen Beamten eingetreten, so daß eine wesentliche Vereinheitlichung in der Organisationsbewegung der Angestellten eingetreten ist. Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, die auf streng gewerkschaftlicher Grundlage steht und grundsätzlich die Solidarität aller Kopf- und Handarbeiter vertritt, zählt jetzt rund 270 000 Mitglieder und umfaßt alle maßgebenden gewerkschaftlichen Organisationen der Techniker, Werkmeister, Handlungsgehilfen, Bureauangestellten und Bühnenangestellten. Die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände befindet sich Berlin NW. 52, Werftstraße 7.

Die Anstellung von Bauarbeiterkontrolleuren in den Bundesstaaten nach dem Vorbild in Preußen hat eine nicht zu unterschätzende Förderung erfahren. Das Reichsarbeitsamt hat durch Schreiben vom 23. Dezember 1918 sämtlichen Bundesregierungen das Rundschreiben des Staatskommissars für Wohnungswesen an die Regierungspräsidenten vom 13. Dezember 1918 betreffend die Anstellung von Bauarbeiterkontrolleuren mitgeteilt, und ihnen nahegelegt, diese Sache in gleicher Weise zu regeln. Bekanntlich sollen danach staatlicherseits unter der Mitwirkung der Gewerkschaften solche amtliche Kontrolleure obligatorisch angestellt werden. Von einer Zahl von Bundesregierungen ist bereits die Mitteilung eingegangen, daß sie derartige Anstellungen in die Wege geleitet oder in Aussicht genommen haben.

Literatur.

„Die Reform des deutschen Strafrechts" von Rechtsanwalt Dr. Hugo Heinemann. Preis 50 Pf. 1919. Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H. Berlin SW. 68, Lindenstr. 114. — Daß eine Reform unseres heutigen Strafrechts an Haupt und Gliedern eine zwingende Notwendigkeit ist, leuchtet aus jedem Prozeßverlauf beinahe hervor. Die Fälle, wo der heutigen freiheitlichen Zeit geradezu hohnsprechende Urteile und Maßnahmen zutage treten, sind Legion. Einen trefflichen Beitrag zu der Frage der zu erwartenden Strafrechtsreform bildet das vorliegende Büchlein. Besonders treffend sind die Ausführungen, die der Verfasser zu dem Thema „Untersuchungshaft" macht. Welche Ungeheuerlichkeiten sind nicht aus diesem Machtmittel in der Hand der Richter schon herausgekommen! Auf diesem wie auf vielen anderen Gebieten, besonders dem jetzt sehr aktuellen der politischen Delikte, muß schnellstens Wandel geschaffen werden. Von alledem ist in Heinemanns Schrift viel Wahres zu finden, auch an Vorschlägen zur Verbesserung fehlt es nicht. Die Anschaffung ist Interessenten daher nur zu empfehlen. wv.

Von der **Gleichheit**, Zeitschrift für Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 12 des 29 Jahrgangs zugegangen. Die Gleichheit erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 15 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich ohne Bestellgeld 85 Pfg.; unter Kreuzband 1.45 Mark.

Letzte Nachrichten.

Die neue preußische Regierung.

Nach achttägigen langen Verhandlungen zwischen den Fraktionen des Zentrums, der Demokraten und Sozialdemokraten in der preußischen Landesversammlung ist gestern die neue preußische Regierung von den drei genannten Parteien gebildet worden.

Das neue preußische Ministerium setzt sich, laut „Vorwärts", folgendermaßen zusammen: Ministerpräsident: Hirsch (Soz.). Als Unterstaatssekretär ist für spätere Zeit Göhre in Aussicht genommen. Inneres: Heine (Soz.), Unterstaatssekretär: bisheriger Bürgermeister von Altona Schnackenburg (Dem.), Justiz: Am Zehnhof (Ztr.), Unterstaatssekretär: Heinemann (Soz.), Kultus: Hänisch (Soz.), Unterstaatssekretär: Trölsch (Dem.) und ein Mitglied des Zentrums. Finanzen: Südekum (Soz.), Landwirtschaft: Braun (Soz.), Volkswohlfahrt: Stegerwald (Ztr.), Unterstaatssekretär: Gräfe-Frankfurt (Soz.), Eisenbahnen: Oeser (Dem.), Beigeordnete werden: Brunner (Soz.), Hartmann (Dem.) und ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften. Handel: Fischbeck (Dem.), Beigeordneter Huë (Soz.).

Der Friedensvertrag.

Paris, 24. März. (Reuter.) **Die Großmächte haben heute beschlossen, das Aeußerste zu tun, um den Vertrag innerhalb einer Woche fertig zu stellen. Dieser Entschluß wird dem wachsenden Ernst der Lage zugeschrieben.**

Der drohende Generalstreik in England.

Genf, 24. März. Nach einer Londoner Meldung des „Echo de Paris" kommt der Bericht der Untersuchungskommission über die Regelung der Verhältnisse im englischen Bergbau den Forderungen der Arbeiter in der weitgehendsten Form entgegen. Er bezeichnet die Verstaatlichung der Kohlengruben als die dringendste Notwendigkeit für die englische Wirtschaftspolitik. Den Arbeitern solle weiterhin unmittelbare Beteiligung an der Verwaltung und den Erträgen der Bergwerke zugesichert werden.

Wie das Blatt weiter berichtet, besteht trotz aller Schwierigkeiten in den maßgebenden englischen Kreisen die Hoffnung, durch diese Zugeständnisse den drohenden Generalstreik im letzten Augenblick zu verhindern.

Die ersten Lebensmittel.

Berlin, 25. März. Am 28. März werden, laut „Deutscher Allgem. Ztg.", die ersten beiden amerikanischen Lebensmittelschiffe im Hamburger Hafen erwartet.

Eingesandt.

Trennung von Kirche und Staat.

Zu der in diesem Artikel und der angefügten Zuschrift enthaltenen Charakteristik noch folgende kleine Geschichte:

Sonntag, gegen Mittag, im Wahllokal Lüderitzberg. — Arbeiterratswahl. — Einem Herrn wird aus irgend einem Grunde die Abnahme des Stimmzettels verweigert. Ruhig und anständig erklärt der Vorsteher den Sachverhalt. Der Herr wird erregt — schimpft — schäumt zuletzt im wahrsten Sinne des Wortes. Eine Dame schildert den Vorfall wie folgt: „Jämmerlich, direkt jämmerlich hat er sich betragen, — das nennt sich nun auch Mensch — wissen Sie, wer es war? Herr Professor Deutschbein."

Ja, es ist ein alter Spruch: Politik verdirbt den Menschen. Oft zeigt sie auch, daß manchen Menschen ein bißchen äußerer Schliff alles ist und ihm Takt und Herzensbildung überflüssig erscheinen. Wie sagt das Lehrbuch des guten Tones: Nur Affen und Neger schneiden im Zorn Grimassen und fletschen die Zähne; ein gebildeter Mensch wird nie das Schönheitsgefühl seiner Mitmenschen durch verzerrte Gesichtszüge beleidigen. Das sollte man besonders jetzt beachten, denn beim Anblick mancher Leute könnte man, auch wenn sie keine Grimassen schneiden, meinen, der Herrgott sei Futurist geworden.

Sie haben doch einen Spiegel, Herr Professor? A. O.

Briefkasten der Redaktion.

Genosse K., Naundorf bei Lauchhammer. Die endgültige Wahl der Betriebsräte kann jetzt noch nicht vorgenommen werden. Es ergeht in der Sache erst eine Bestimmung der Regierung und zwar dann, wenn entsprechend den Versprechungen der Regierung das Rätesystem in die Verfassung eingearbeitet ist.

Bekanntmachung.

In Abänderung und Ergänzung der bisher ergangenen Bestimmungen wird darauf hingewiesen, daß gemäß § 3 der Verordnung des Bundesrats vom 11. Dezember 1916 (GBl. S. 1355) zur Ersparnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln im ganzen Regierungsbezirk Merseburg mit Ausnahme des Polizeibezirks Halle alle Gast-, Speise- und Schankwirtschaften, Kaffees, Theater, Lichtspielhäuser, Räume, in denen Schaustellungen stattfinden, sowie öffentliche Vergnügungsstätten aller Art um 10 Uhr abends zu schließen sind. Das gleiche gilt von Vereins- und Gesellschaftsräumen, in denen Speisen und Getränke verabreicht werden.

Im Polizeibezirk Halle sind alle Räumlichkeiten und Veranstaltungen der vorgedachten Art um 10½ Uhr, das Stadttheater um 11 Uhr abends zu schließen.

Merseburg, den 17. Februar 1919.

Der Regierungspräsident. v. Gersdorff. — Der Bezirks-Arbeiter- u. Soldatenrat. I. A.: Jahner.

Bekanntmachung.

Nach der Bekanntmachung des Magistrats vom 21. 3. 1919 ist die Verordnung vom 5. 11. 1918 betr. Einschränkung der Verkaufszeit in den offenen Verkaufsstellen aufgehoben worden. Es tritt nunmehr die Bekanntmachung vom 11. 12. 1916 wieder in Kraft. Nach § 2 dieser Verordnung sind alle offenen Verkaufsstellen um 7, Sonnabends um 8 Uhr abends zu schließen. Ausgenommen sind Apotheken und Verkaufsstellen, in denen der Verkauf von Lebensmitteln oder von Zeitungen als Haupterwerbszweig betrieben wird. Diese Verkaufsstellen haben spätestens um 8, Sonnabends um 9 Uhr zu schließen.

Halle, den 24. März 1919. Die Polizeiverwaltung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190325-17/fragment/page=0003

Lebensmittel-Kalender.

Roßfleisch- und Roßwurstverkauf. In der Woche vom 24. bis 30. März 1919 dürfen für jede zum Roßfleischbezug angemeldete Person 125 Gramm Roßfleisch oder Wurst aus Pferdefleisch bei den Roßschlächtern entnommen werden. Der Warenbezugsschein Nr. 20 ist beim Einkauf vorzulegen und die Marke 290 von den Roßfleischhändlern für jedes verabfolgte Viertelpfund Fleisch oder Wurst abzutrennen. Der Verkauf findet am Mittwoch, den 26. März statt. Ein Anspruch auf Verabfolgung von Pferdefleisch besteht nicht, vielmehr kann dies nur soweit abgegeben werden, als der Vorrat reicht, im übrigen muß Wurst entnommen werden. Die abgetrennten Marken 290 sind von den Roßfleischhändlern bis zum 31. März an das Stadternährungsamt, Marktplatz 22, II, Zimmer 23, zu 100 Stück gebündelt, in verschlossenem, mit der Firma versehenem Umschlag abzuliefern.

Städtischer Verkauf von Fleischkonserven und Roßschlackwurst (Sonderverteilung) in der Talamtschule am Mittwoch, den 26. ds. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 64 001—69 000 vorm. von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 69 001—74 000 nachm. von 2 bis 6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes kann ¼ Pfund Roßschlackwurst zum Preise von 2 Mark für das Viertelpfund abgegeben werden. An Stelle von Roßschlackwurst können Haushalte mit 3—4 Personen eine Dose, Haushalte mit 5—8 Personen zwei Dosen und Haushalte über 8 Personen drei Dosen Fleischkonserven zum Preise von 6 Mark für die Einpfunddose entnehmen. Hiermit ist die Sonderverteilung beendigt. An dem oben genannten Tage können Haushalte mit den Lebensmittelscheinnummern 1—74 000, sofern sie bei dieser und den vorhergehenden Sonderverteilungen nicht berücksichtigt sind, nachbeliefert werden. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen.

Seefischverkauf. Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915 wird der Verkauf der der Stadt überwiesenen Seefische wie folgt geregelt:

Der Verkauf beginnt am Mittwoch vormittag in den einschlägigen bekannten Geschäften. Für jede Person eines Haushaltes kann ca. ein halbes Pfund abgegeben werden. Die Preise der einzelnen Sorten sind in den Geschäften deutlich sichtbar angebracht. Der Verkauf erfolgt auf Warenbezugsschein Nr. 20, Abschnitte 291. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 1—1000 und 73 001—74 000. Wegen Papiermangels wird das Publikum ersucht, Papier oder Taschen, Netze, Körbe usw. mitzubringen. Wir machen gleichzeitig darauf aufmerksam, daß es zwecklos ist, daß fast die ganze Einwohnerschaft Halles die Fischgeschäfte stürmt. Es werden alle Lebensmittelscheinnummern aufgerufen und jeder erhält auf seinen Abschnitt die ihm zustehenden Fische.

Die Verkäufer sind verpflichtet, die Abschnitte 291 der Warenbezugsscheine 20 abzutrennen und zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, Zimmer 11, binnen 5 Tagen abzuliefern. Zuwiderhandlungen werden gemäß der eingangs erwähnten Bundesratsverordnung bestraft. Auch kann die Schließung des Geschäftes oder die Entziehung des weiteren Verkaufs der städtischen Ware verfügt werden.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule am Mittwoch, den 26. März. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 27 001—28 000 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 28 001 bis 29 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 55 Gramm Käse zum Preise von 20 Pfennigen abgegeben.

Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Mittwoch, den 26. März auf den Abschnitt 10 für die eingetragenen Kunden bei dem Milchhändler Hopfeld, Streiberstraße 29, Milchhändler Kunze, Körnerstr. 31, Milchhändlerin Pfeiffer, Volkmannstr. 11, und Milchhändlerin Pötschke, Wielandstr. 30. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund abgegeben. Die Abschnitte sind bis 29. März abzuliefern.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Sept./4. Nov. wird der Verkauf von **Marmelade** wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am Mittwoch, den 26. März. Für jede Person eines Haushaltes kann ein Pfund zum Preise von 1 Mark abgegeben werden. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Marmelade einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind. Die Abgabe hat unter Abtrennung der Marke 288 des Warenbezugsscheines 20 zu erfolgen. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß (Saal links), binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept./4. November 1915.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, am Mittwoch, den 26., und am Donnerstag, den 27. März, bei den von ihnen gewählten Großfirmen die in dieser Woche zum Verkauf gelangenden Graupen abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Halle, den 25. März 1919. **Der Magistrat.**

Walhalla-Operetten-Theater.
Anfang 7.10, Ende 9.50.
Letzte 3 Tage!
„Die Faschingsfee."
Freitag Erstaufführung:
Der Rastelbinder.
Vorverkauf eröffnet.
Kasse 10—1½, u. 4—6

Stadt-Theater
Mittwoch, den 26. März 1919
Anfang 7, Ende 9½ Uhr:
Erstaufführung:
Gewitter
Schauspiel
von Alexander Zinn
Donnerstag:
Anfang 6 Uhr:
Aida.

Bettdamaste :-: Servietten
Frottier-Stoffe (Kein Papier)
::: Seide : Voile :::
Partiewaren **S. Biletzky,** Leipzigerstrasse 103
1 Treppe. 2611

Sozialdemokratischer Verein für Halle und Saalkreis.

(Ebert — Scheidemann.)

Dienstag, den 25. März, abends 6½ Uhr, in den Thaliasälen, Geiststraße

Grosse Versammlung.

Tagesordnung:

1. **Trennung von Kirche und Staat.**
(Fortsetzung der Versammlung vom 17. März).
2. Freie Aussprache.

Redner: **Dr. Alfred Dieterich,** Berlin.

Alle Einwohner von Halle sind zu dieser wichtigen Versammlung freundl. eingeladen. Durch den vorzeitigen Schluß der Versammlung am 17. März war es dem Referenten nicht möglich, eingehend auf die Ausführungen der Diskussionsredner einzugehen. — Ebenso sind in dieser Versammlung fast ausschließlich Vertreter des Kirchenregiments zu Wort gekommen. 2577
Die Wichtigkeit des Themas bedingt aber eine gründliche Aussprache und Stellungnahme der Bevölkerung.

Deshalb erscheint zahlreich!

Eintritt 20 Pfg. Der Einberufer

Apollo-Theater
Abends 7½ Uhr:
Heute zum letzten Male:
„Die schöne Kubanerin"
Operette in 3 Akten
von Max Gabriel.
Morgen Erstaufführung
„Das Farmermädchen"
Operette in 3 Akten
von G. Jarno.
Jefferson . . .
. . . Dir. Max Walden
Vorverk. 9-1 u. 5—7.

Warzen, Leberflecken
beseitigt schmerz- und narbenlos
Kosmetik „FARA".
Nur Gr. Ulrichstr. 47 I
Sprechzeit 10—7. 2486

Thalia-Säle.

Mittwoch, den 26. März, pünktlich 7 Uhr

„Was lehren uns die Dieterich-Versammlungen vom 17. u. 25. März? Neue Bahnen für Religion und Kirche im neuen Deutschland!"

Vortrag von **A. v. Broecker.**

Freie Aussprache. Eintritt 20 Pfg. Freunde der Kirche Freidenker und Kirchengegner, die eine moderne Volkskirche ersehnen, dringend eingeladen 2618

Schülermappen
in
pa. Rindleder
äußerst preiswert
Hch. Krasemann
nur 2610
Schmeerstraße 19.

Deutsch,
Briefwechsel,
Rechnen,
Buchführung,
Kurzschrift,
Schön- u. Maschinenschreiben
lehren 2526,
Fr. Wehmer & Sohn,
Poststraße 1.

Handschrift deutet, interessante Enthüllung 50 Pf. Graphologe
Schneeweiss, Berlin,
Elsasserstraße 19. a0302

Auktion.

Donnerstag, den 27. d. Mts., vormittags 11 Uhr, versteigere ich in Halle a. S., Delitzscherstraße 9, für Rechnung wem es angeht ca.

12700 Stück

Einmachehafen

(1, 1½, 2, 2½, 3, 5, 7 und 9 Liter) öffentlich meistbietend gegen Barzahlung.

Die Gläser sind neu. Besichtigung daselbst von 9 Uhr an. evtl. auch am Tage vorher, melden bei Zillmann & Lorenz. 2612

Oscar Knoche, beeid. Versteigerer, Kranzenstraße 27.

Fast ungebrauchte
Möbel aller Art
Küchen. Schlafzimmer-Einrichtungen, Nußbaum-Schränke, Vertikos, Sofas, Matratzen (groß Auswahl) empfiehlt 205e
R. Sachte, Hohenmölsen, Lützener Str. 7

Elektrisches
Install.-Material,
Glühlampen,
Pendel.
Rast.
Geiststr. 28.

Futterrüben
in Ladungen, Fuhren u. einzelnen Zentnern hat abzugeben
Paul Otto, Königstr. 71

Merseburg. Merseburg.

Achtung! Arbeiterausschußmitglieder!

Am **Donnerstag,** den 27. März, abends pünktlich 7 Uhr, findet im Restaurant **„Thüringer Hof"** eine

Zusammenkunft sämtlicher Arbeiterausschußmitglieder

statt. 2619

Tagesordnung:

1. Die Betriebsratswahlen und ihre Bedeutung für die Arbeiterschaft.
Referent: Kollege **Daniel**-Merseburg.
2. Verschiedenes.

Das Erscheinen sämtlicher Arbeitervertreter ist dringend erforderlich.

Der Vorstand des Gewerkschaftskartells.

Familien-Nachrichten.

Heute morgen 4 Uhr entschlief nach langem Leiden meine herzensgute Frau, meine liebe Mutter

Frau Clara Pennemann

geb. **Espe**

im 53. Lebensjahre.

Franz Pennemann.
Franz Pennemann jun.

Dölau — Halle a. S., den 25. März 1919.

Tag der Beerdigung wird noch bekanntgegeben.

Am 24. März verschied an den Folgen der Grippe nach langem, schweren Krankenlager unsere erste Operationssaal- und Instrumentenschwester

Schwester Hermine Schmidt.

Sie hat uns 12 Jahre lang in seltener Treue, in vollster Hingabe an ihren verantwortungsvollen Beruf mit dem Aufgebot aller Kräfte und mit nie versagender Selbstlosigkeit gedient und sich dadurch unsere höchste Anerkennung und liebevolle Wertschätzung erworben. Ihr Hinscheiden bedeutet für uns einen unsäglichen Verlust, dankbarstes Erinnern wird in uns immerdar fortleben.

Heilanstalt Weidenplan.
Priv.-Doz. Dr. Kneise.

Vor der Ueberführung Trauerfeier Donnerstag nachmittag 4 Uhr in der Kapelle des Stadtgottesackers.

4 000 000 4% Stadtanleihe der Stadt Mühlhausen i. Th.

Wir sind Abgeber zu **93% spesenfrei.**

Bis zur Genehmigung der Anleihe wird der Stadt Mühlhausen i. Thür ein 5proz. Handdarlehen gewährt mit der Verpflichtung des Darlehnsgebers zur späteren Uebernahme der vorgenannten Stadtanleihe.

Die Tilgung der 4proz. Anleihe ist vom Jahre 1920 an beabsichtigt; es sollen Stücke von M. 5000, M. 2000, M. 1000, M. 500 und M. 200 ausgegeben werden. 2613

Bankhaus **Paul Schauseil & Co.**

1000 Parallel-schraubstöcke
in allen Grössen eingetroffen
Ernst Karius,
Inh. Theodor Schaaf
Germarstr. 2. Tel. 1281.

Gebrauchte Säcke
kauft Fellhandlung
Fischerplan 2 2539

Haltbare
Schulranzen
für Knaben u. Mädchen
gute Sattlerware
sehr preiswert
Hch. Krasemann
nur 2609
Schmeerstraße 19.

Von der Reise zurück.
Dr. Boye, Brüderstrasse 17.

= Schneider =
für Groß-Stück sofort gesucht.
S. Weiss.

Selbständigen
Bohrer u. Hobler
stellt sofort ein
Herm. Bertram,
Masch.-Fabr., Diemitz.
2620

Tüchtige Schneider für Grossstücke
sowie
Tagschneider
stellt für dauernd ein 2614
Albert Drechsler Nachf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190325-17/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 67. Halle, Dienstag, den 25. März 1919. 3. Jahrgang.

Der Parteiausschuß in Weimar.

Parteitag in der Pfingstwoche.

Weimar, 23. März. Der Parteiausschuß trat Sonnabend hier zusammen. Vom Parteivorstand waren anwesend: Wels, Müller, Braun, Molkenbuhr, Pfannkuch, Bartels, Frau Juchacz. Auch Noske war erschienen, Scheidemann, Bauer und Wissell trafen Sonntag ein. Ueber die Lage referierte Müller. Unter anderm wandte er sich gegen die Pressenotizen über das Fehlen von Abgeordneten in der Nationalversammlung. Wenn es irgendwo brenne, müßten die Genossen eben hinfahren. Dem Stimmenrückgang bei den Gemeindewahlen mißt er keine besondere Bedeutung bei. Jetzt gelte es, die Bezirks- und Ortsvorstände aufzufüllen. Der 1. Mai solle eine große Heerschau für die Partei werden. Insbesondere betonte er die Notwendigkeit, den Nachwuchs für alle Parteistellen kräftig zu fördern. Müller berührte die Einigungsfrage, die Stellung der Sozialdemokratie zu den Arbeiterräten, die Haltung der Sozialdemokratie in der Koalitionsregierung. Otto Braun empfahl den Parteigenossen, möglichst viele bürgerliche Druckereien zum Druck von Parteizeitungen zu veranlassen. Bartels rief zu einer Erhöhung der Parteibeiträge und befürwortete Einstellung der Agitation auf die neugewonnenen Kreise der Beamten und Angestellten.

In sechsstündiger Debatte fand Sonntag eine Aussprache über alle wichtigen Parteifragen statt. So über die Angelegenheiten der Presse, des Bildungswesens, der Jugendorganisationen, der Frauenbewegung und des gesamten Parteiaufbaues. In der Frage des Parteitages entschied man sich

für die Einberufung in der Pfingstwoche

und zwar am 10. Juni.

Zu den politischen Fragen nahm die Konferenz Stellung in zwei Resolutionen, die angenommen wurden und die unten im Wortlaut wiedergegeben sind.

An dem Vorgehen der Regierungstruppen wurde in der Debatte teilweise Kritik geübt. Ein Redner sprach die Befürchtung aus, daß Noske zu stark von den Offizieren seiner Umgebung beeinflussen lasse. Diesem Vorwurf trat Noske entgegen und stellte die Entwicklung seiner Stellung und der Freiwilligen-Heere dar.

In seinem Schlußworte dankte der Vorstandsreferent Hermann Müller dem Genossen Noske für seine Verdienste um die Partei und das deutsche Volk. Uebergriffe müßten bestraft werden und würden bestraft werden. Im übrigen aber habe Noske das deutsche Volk vor dem vollständigen Chaos und der russischen Anarchie bewahrt. Freilich ließe sich noch nicht voraussehen, ob nicht doch die Gewaltfriedensabsichten der Feinde uns zum Aeußersten treiben würden, wie sie Ungarn dorthin getrieben haben. Die Partei müßte ihre warnende Stimme erheben, denn hier gehe es nicht nur um Deutschland, sondern um die Erhaltung der ganzen europäischen Kultur. Müller verteidigte auch nochmals die Arbeit der Nationalversammlung. Mehr gute Gesetze ließen sich in kürzerer Zeit überhaupt nicht schaffen. Am weitesten rückständig sei noch die Demokratie in Preußen. Die Auffassung der Konferenz kam in den beiden folgenden einmütig angenommenen Resolutionen zum Ausdruck:

1. Resolution Fischer und viele, namentlich süddeutsche Delegierte, über demokratische Sozialisierung und Arbeiterräte.
2. Resolution Krüger zum Protest gegen den Gewaltfrieden.

Ferner wurde folgende Resolution Heinrich Schulz eingereicht:

Die revolutionären Umwälzungen der letzten Monate haben die werbende Kraft des Sozialismus in außerordentlichem Maße erhöht, wie sich aus den ständig steigenden Mitgliederzahlen der sozialdemokratischen Vereine und aus dem starken Interesse bisher indifferenter oder sogar feindlicher Kreise für die Gedankenwelt und die politischen Aufgaben des Sozialismus ergibt.

Ferner hat der vierjährige Kriegszustand und das materiell niederdrückende Ergebnis des Krieges für Deutschland in Verbindung mit den verrohenden Wirkungen des Krieges in weiten Kreisen eine starke Gegenwirkung erzeugt, die sich in einem vermehrten und vertieften Bedürfnis nach läuternder geistiger Anregung äußert.

Aus diesen Gründen hält die Konferenz es für eine der dringlichsten Aufgaben der Partei, unter Benützung der vorhandenen Grundlagen eine umfassende und zweckmäßig begründete Kulturarbeit in die Wege zu leiten: besonders sind Agitationsschriften und wissenschaftliche Literatur, Zeitungen und Zeitschriften für Bildung und Jugendbewegung durch organisatorische Maßnahmen und durch innere Beseelung teils neuzugestalten, teils den neuen Verhältnissen gemäß auszubauen. In geeigneter Weise ist der reiche Zustrom der Kräfte aus dem geistigen Leben Deutschlands für den Sozialismus und für die Partei fruchtbar zu machen.

Eine Resolution Deims-Magdeburg, welche die Einsetzung zweier Kommissionen für den Ausbau der Parteiorganisation, der Parteifinanzen und der Parteipresse fordert, sowie eine Resolution der Frauen auf vermehrte Einstellung von weiblichen Parteisekretären und Ausgestaltung der „Gleichheit" wurden dem Parteiausschuß überwiesen.

Die Konferenz erörterte dann noch in besonderer Beratung die Stellung der Sozialdemokratie zu den Arbeiterräten. Das einleitende Referat erstattete Genosse Scheidemann. Er lehnte alle undemokratischen Forderungen grundsätzlich ab, erklärte aber, die Regierung wisse genau, daß jetzt nach einem so großen revolutionären Geschehen

die politische Demokratie allein einen Abschluß nicht bringen könne.

Der Arbeiterschaft müsse auch auf den Produktionsprozeß Einfluß eingeräumt werden. Auch wirtschaftlich müsse der Einfluß der Arbeiterschaft so sichergestellt werden, wie er politisch sichergestellt ist. Die Regierung sei sich dieser Pflicht durchaus bewußt und die gesetzgeberische Formulierung stehe kurz vor dem Abschluß, von der mit Recht gehofft werden könne, daß sie allen billigen Forderungen Rechnung trage. Was über diese Vorlage der Regierung an Forderungen hinausgeht, sei mit Demokratie nicht mehr in Einklang zu bringen. Scheidemann äußerte sich in diesem Zusammenhange auch über die Vorgänge in Ungarn. Die bolschewistische Regierung in Ungarn sei ein Ergebnis der imperialistischen Politik der Entente. Die Entente spiele mit dem Feuer, wenn sie uns nicht bald einen Frieden gibt, und zwar einen Frieden auf Grund der Wilsonschen Thesen. Ein zerrissenes Deutschland, dem man eine Stadt wie Danzig und das Saargebiet nimmt, wäre reif für den Bolschewismus, den wir sonst nicht zu fürchten brauchen. Der Bolschewismus in Deutschland aber bringt ein bolschewistisches Europa.

Friede, Brot und Arbeitsmöglichkeiten

in Deutschland seien der Baum, über den der Bolschewismus nicht hinweglommt. Der Rhein und der Kanal aber seien solche Hindernisse nicht mehr.

Faß vom Berliner Zentralrat trat für die syndikalistischen Vorschläge ein. Ohne ein solches Entgegenkommen werde in der Arbeiterschaft keine Ruhe eintreten.

Legien wandte sich gegen alle Zugeständnisse in der Rätefrage. Die Politik des Entgegenkommens könnte sich hier verhängnisvoll erweisen. Die wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiterschaft seien die Gewerkschaften. Die Räte seien dafür gar nicht geeignet, weil sie auf Grundlage der Betriebe aufgebaut seien, während eine erfolgreiche Vertretung der Arbeiterinteressen, wie die Erfahrung zeige, nur berufsich erfolgen können. Erklärte man sich aber einmal für Beibehaltung des Rätesystems, dann müßte man auch den Mut haben, den Räten politische Aufgaben zuzuweisen, das sie wirtschaftliche Fragen lösen könnten.

Sinzheimer-Frankfurt legt dar, daß die neuzuschaffenden Interessenvertretungen nur ein neuer Bau der seit langem geforderten Arbeitskammern seien. Diese paritätisch zusammengesetzten neuen Institutionen könnten sehr wohl an der Verwaltung und Gesetzgebung mitwirken. Einmal könnten ihnen eine Reihe von Verwaltungsbefugnissen zugewiesen werden, die bisher die Zentralbehörden rein bürokratisch erledigt haben. Sodann könne man auch, ohne die Demokratie zu verletzen, das Betriebsrätegesetz nachfolgendem Referendum übertragen.

Genosse Bauer schlug einen Mittelweg ein. Die Gewerkschaften seien nach wie vor notwendig zur Erreichung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die neuen Organe, ganz gleich wie man sie nenne, sollten dann über die Durchführung dieser wirtschaftlichen Errungenschaften wachen. Man müsse sich aber vor der reaktionären Forderung der Schaffung einer Ständekammer hüten. Nach weiterer Aussprache gelangt gegen vier Stimmen bei einigen Stimmenthaltungen folgende von Fischer und der süddeutschen Delegierten eingebrachte Resolution zur Annahme:

„Die Konferenz lehnt jede Form der Minderheitsherrschaft ab und bekennt sich gemäß dem Erfurter Programm zu den Grundsätzen der Demokratie. Sie fordert deshalb, daß das allgemeine, gleiche, geheime und unmittelbare Verhältniswahlrecht für alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen für alle gesetzgebenden und öffentlichen Verwaltungskörperschaften in der Verfassung festgelegt werde. Sie fordert weitere schleunige Maßnahmen zur Demokratisierung der Verwaltung in Reich, Staat und Gemeinde. Die Demokratie soll vor allem das Mittel zur Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische sein. Die Sozialisierung kann in einem durch nichts mehr als vier Kriegsjahre verarmten Lande nur schrittweise erfolgen, aber sie muß in den dafür reifen Betriebszweigen, z. B. Bergbau, Energieerzeugung, Stickstoffproduktion und Verkehrsgewerbe, unverzüglich in Angriff genommen werden. Zur Mitwirkung an Sozialisierungsmaßnahmen, zur Kontrolle sozialistischer Betriebe, zur Ueberwachung der Gütererzeugung und Verteilung im gesamten Wirtschaftsleben sind gesetzlich geordnete Arbeitervertretungen zu schaffen. In dem zu diesem Zweck schleunigst zu schaffenden Gesetz sind Bestimmungen zu treffen über die Wahl und Aufgaben von Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräten, die bei der Regelung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse gleichberechtigt mitzuwirken haben.

Es sind weiter Bezirksarbeiterräte und ein Reichsarbeiterrat vorzusehen, die vor dem Erlaß wirtschaftlicher und sozialpolitischer Gesetze ebenso wie die Vertretungen aller übrigen schaffenden Stände gutachtlich zu hören sind und selbst Anträge auf Erlaß solcher Gesetze stellen können. Die entsprechenden Bestimmungen sind in der Verfassung der Deutschen Republik festzulegen.

Zur Durchsetzung der vollen Demokratie in der Gesetzgebung und Verwaltung und zur Durchführung der Sozialisierung bedarf es der starken sozialdemokratischen Organisation, die in rastloser Arbeit die Massen in Stadt und Land aufrüttelt und für die Durchsetzung der sozialistischen Ziele gewinnen muß. Um eine enge Fühlung mit dem arbeitenden Volk herzustellen, ist in den Organisationen das System der Betriebsvertrauensleute auszubauen. Zur Belebung der sozialdemokratischen Organisations- und Aufklärungsarbeit, zur Werbearbeit für die sozialistische Presse, zur Stärkung der Parteifinanzen soll spätestens in der Pfingstwoche ein Parteitag stattfinden. Ferner sind sofort im ganzen Land Kreis- und Bezirkskonferenzen abzuhalten, in denen auf enge Fühlungnahme zwischen Orts- und Bezirksorganisationen hinzuarbeiten ist."

Ferner wurde gegen eine Stimme folgende von Krüger eingebrachte Entschließung angenommen:

„Der Abschluß des Krieges steht bevor. Deutschland hat im Vertrauen auf die in den 14 Punkten Wilsons festgelegten Friedensgrundsätze die Waffen niedergelegt. Die früheren deutschen Machthaber, gegen die allein die Entente nach ihren Erklärungen den Krieg geführt hat, der Militarismus und die Junkerkaste, sind durch die Revolution hinweggefegt. Die deutsche Republik wird ein Eckstein des Weltfriedens sein. Das deutsche Volk will einen dauernden Frieden, der alle Völker zur Freundschaft und zu gemeinsamer Kulturarbeit vereinigt.

Die am 22. und 23. März tagende Konferenz des Parteivorstandes, der Kontrollkommission, des Parteiausschusses und der Nationalversammlungsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erneuert das programmatische Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht der Völker und nimmt dieses Recht auch für das deutsche Volk in vollem Umfange in Anspruch. **Wir erheben daher feierlich Einspruch gegen jede Vergewaltigung deutscher Volksgenossen, wie sie in Posen und Westpreußen, mit dem kerndeutschen Danzig, in Schlesien, Schleswig-Holstein, im Saarrevier und Rheingebiet und in Deutschösterreich von feindlicher Seite geplant ist.**

Sie verwahrt sich in gleicher Weise gegen jeden Versuch, durch unerträgliche materielle Belastung das deutsche Volk für die Dauer in wirtschaftlicher Sklaverei zu halten und seine Wiederaufrichtung zu behindern. Sie beansprucht für Deutschland die gleichberechtigte Zugehörigkeit zum Völkerbund, dem anzugehören das deutsche Volk durch seine Kulturarbeit und seinen aufrichtigen Friedenswillen wohl auch würdig ist.

Die Sozialdemokratische Partei warnt darum mit vollem Ernst vor jeder Vergewaltigung des deutschen Volkes, und legt den Schuldigen die volle Verantwortung für die Folgen ihres Tuns, die daraus entstehenden Gefahren neuer Kriege und den drohenden Weltbrand des Bolschewismus vor der Geschichte und vor der Menschheit auf. Sie ruft das internationale Proletariat und die aufrichtigen Freiheits- und Friedensfreunde aller Völker, zumal der feindlichen Völker auf, ihr in diesem Kampfe für Recht und Völkerfreiheit und damit für dauernden Weltfrieden fest zur Seite zu stehen."

Hierauf schloß Genosse Wels die Konferenz mit dem Hinweise auf die Wichtigkeit der gefaßten Beschlüsse, die für den zu Pfingsten wahrscheinlich nach Weimar einzuberufenden Parteitag wertvolle Grundlagen bieten.

Halle und Saalkreis.

Halle, 25. März 1919.

Regelung der Arbeitszeit der Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung.

Aus dem Mittleren Arbeiterrat wird uns geschrieben:

Wiederholt wurde in letzter Zeit der Mittlere Arbeiterrat von Interessenten aus den Kreisen der Angestellten usw. mit Anfragen bestürmt, inwieweit kaufmännische Angestellte usw. unter das Achtstundentagesgesetz fallen. In Anbetracht dessen, daß diese Angelegenheit bis dahin strittig war, dürfte nunmehr eine Klärung in dieser Angelegenheit eingetreten sein, denn unter dem 18. März 1919 erläßt der Reichsminister für die wirtschaftliche Demobilmachung Koeth eine Verordnung, derzufolge die regelmäßige tägliche Arbeitszeit ausschließlich der Pausen die Dauer von acht Stunden nicht überschreiten darf. Wenn die Abweichung hiervon durch Vereinbarung eine Verkürzung der Arbeitszeit an Vorabenden der Sonn- und Festtage herbeigeführt wird, kann der Ausfall der Arbeitsstunden an diesen Tagen auf die übrigen Werktage verteilt werden.

Sofern die tägliche Arbeitszeit mehr als sechs Stunden beträgt, ist den Angestellten innerhalb der Arbeitszeit eine mindestens halbstündige Pause zu gewähren. Fällt das Ende der Arbeitszeit in die Zeit nach vier Uhr nachmittags, so muß die Pause für die Angestellten, die ihre Hauptmahlzeit außerhalb des der Arbeitsstätte enthaltenden Gebäudes einnehmen, auf mindestens ein und eine halbe Stunde verlängert werden.

Nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit ist den Angestellten eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens elf Stunden zu gewähren.

Beginn und Ende der Arbeitszeit und der Pausen sind, sofern keine tarifliche Regelung erfolgt ist, vom Arbeitgeber im Einverständnisse mit dem Angestelltenausschuß oder, wenn ein solcher nicht besteht, mit der Angestelltenschaft des Betriebes oder des Bureaus entsprechend den Bestimmungen dieser Verordnung für den Gesamtbetrieb oder einzelne Abteilungen gesondert festzulegen und durch Aushang bekannt zu machen.

Die Bestimmungen der §§ 1 bis 3 finden keine Anwendung auf Arbeiten, die

1. in Notfällen,
2. im öffentlichen Interesse,
3. zur Verhütung des Verderbens von Waren oder des Mißlingens von Arbeitserzeugnissen

unverzüglich vorgenommen werden müssen.

Arbeitgeber, welche Angestellte mit Ueberarbeiten der in Ziffer 1 bis 3 bezeichneten Art beschäftigen, sind verpflichtet, ein Verzeichnis anzulegen, in welches für jeden Tag, an den Ueberstunden geleistet worden ist, die Zahl der daran beteiligten Angestellten, die Zahl der von ihnen geleisteten Ueberstunden und die Art der vorgenommenen Arbeiten einzutragen sind. Das Verzeichnis ist auf Erfordern den zuständigen Aufsichtsbeamten jederzeit zur Einsicht vorzulegen.

Durch Tarifvertrag kann eine anderweitige Regelung der Arbeitszeit und der Ueberstunden getroffen werden.

Insbesondere kann durch Tarifvertrag vereinbart werden, daß an die Stelle der achtstündigen Tagesarbeitszeit die achtundvierzigstündige wertägige Doppelwochenarbeitszeit tritt.

Dieses dürften die wichtigsten Bestimmungen aus der im Reichsgesetzblatt erschienenen Verordnung über die kaufmännischen Angestellten sein.

Indem wir die Interessenten höflichst ersuchen, diese Bestimmungen strikte zu beachten, verweisen wir gleichzeitig noch darauf, daß der Mittlere Arbeiterrat nach wie vor bei irgend welchen Unklarheiten über diese Verordnung gern zur diesbezüglichen Auskunft bereit ist.

Vollständige Aufhebung der Gassperre.

Durch heutige Bekanntmachung des Vertrauensmannes des Reichskommissars für die Kohlenverteilung wird die Gassperre mit Wirkung vom Mittwoch, den 26. März, vollständig aufgehoben. Die Gasentnahme unterliegt infolgedessen zeitlich keiner Beschränkung mehr. Dagegen bleiben die Verordnungen und Bekanntmachungen des Reichskommissars für die Kohlenverteilung bezw. des Vertrauensmannes des Reichskommissars bezgl. der Einschränkung des Gasverbrauchs unverändert bestehen, deren peinliche Befolgung den Gasverbrauchern dringend ans Herz gelegt wird, damit nicht abermalige Sperre notwendig werden.

* **Die Beerdigung des ermordeten Matrosen Meiseberg** findet, wie wir erfahren, morgen nachmittag 2 Uhr statt. Die Arbeiterschaft in den meisten Betrieben hat in geheimer Abstimmung beschlossen, die Arbeit zur Ehrung des so meuchlings Getöteten am Beerdigungstage ruhen zu lassen. Auch wir sind der Ansicht, daß ein Protest gegen solche Vorkommnisse durchaus am Platze ist.

* **Die Handelshilfsarbeiter in Halle** sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Eine Versammlung der Geschäftsdiener, Geschäftskutscher, Marktheifer usw. beschloß dieser Tage, Forderungen an die Arbeitgeber einzureichen. Dieselben wurden im einzelnen beraten und wie folgt beschlossen: Entlohnung nach dem Alter der Beschäftigten in Höhe von 24 bis 75 Mark je Woche. Außerdem soll etwaige dringende Ueberarbeit stundenweise besonders mit 2- v. H. Aufschlag bezahlt werden. Die achtstündige Arbeitszeit soll nunmehr streng durchgeführt werden; die Sonntagsarbeit ist zu beseitigen. Nach einjähriger Beschäftigung ist ein Sommerurlaub von mindestens sechs Arbeitstagen unter Fortzahlung des Lohnes zu gewähren. Alle Kriegs- bezw. Teuerungszulagen sollen bei Einführung der geforderten Löhne in Wegfall kommen. Die Forderungen werden vom Transportarbeiterverband denjenigen Arbeitgebern zugestellt, deren Arbeiter es wünschen. Die Lohnbewegung in Halle steht im Zusammenhang mit dem gleichen Vorgehen der Handelshilfsarbeiter in Berlin, Hamburg und anderen Städten. Soweit es notwendig ist, soll in den einzelnen Geschäften die Bewegung mit den kaufmännischen Angestellten zusammen durchgeführt werden und alles versucht werden, einen guten Erfolg zu erzielen.

* **Schulgeldbeihilfen.** Der Garnison-Schulausschuß teilt uns mit, daß die Schulgeldbeihilfen im allgemeinen nur noch bis Ende März d. J. gezahlt werden. Noch nicht aus dem Heeresdienst Entlassenen, beim Ostheer befindlichen, sowie denjenigen Militärpersonen, die sich in Gefangenschaft, Lazaretten oder Erholungsheimen befinden, wird die Schulgeldbeihilfe im Falle der Bedürftigkeit auch fernerhin gezahlt. Diesbezügliche Anträge sind unter Vorlegung der Geburtsurkunde bis 3. April d. J. in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags beim Garnison-Schulausschuß, Artillerie-Kaserne, Stabsgebäude, Zimmer 39 persönlich zu stellen. Spätere Anmeldungen können nicht berücksichtigt werden. Es wird noch ganz besonders darauf hingewiesen, daß jede Entlassung aus dem Heeresdienste dem Garnison-Schulausschuß sofort zu melden ist, da Ueberhebungen von Beihilfen wieder eingezogen werden müssen.

* **Die „Waisenaustener" in der Invalidenversicherung.** Eine begrüßenswerte Neuerung hat die Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt in Merseburg eingeführt. Nach § 1250 der Reichsversicherungsordnung gehört zu den Bezügen der Hinterbliebenen auch die „Waisenaustener". Sie wird dann gewährt, wenn ein Kind, das Waisenrente aus der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung bezieht, das 15. Lebensjahr vollendet und damit die Waisenrente entzogen bekommt. Diese Waisenaustener wird, wie alle Bezüge auf Grund der Invalidenversicherung, nur auf Antrag gewährt. Da aber die Einrichtung so sehr wenig bekannt ist, werden entsprechende Anträge nur in ganz geringem Umfange gestellt. In den letzten drei Jahren wurden bei der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt nur je 25, 50 und 101 Ansprüche aus Waisenaustener erhoben. Das ist sehr wenig, wenn man bedenkt, daß im Jahre 1917 allein 1372 Waisenrenten in Wegfall kamen, weil von dem Rentenempfänger das 15. Lebensjahr überschritten wurde. Allerdings wird nicht in allen diesen Fällen die Waisenaustener gewährt, sondern nur, wenn die Mutter selbst auch Beiträge zur Invalidenversicherung entrichtet

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190325-17/fragment/page=0005

und beim Tode des Mannes oder bis zur Fälligkeit der Waisenaussteuer (also bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres des Kindes) den Anspruch auf Invalidenrente erfüllt, das heißt mindestens 200 Beitragsmarken entrichtet hat. Diese Voraussetzungen werden aber in der Mehrheit der Fälle vorliegen. Diese Vorschriften zeigen, daß die ganze Einrichtung recht kompliziert ist.

Um nun die Antragstellung auf **Waisenaussteuer zu beleben**, macht jetzt die Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt immer bei dem Wegfall einer Waisenrente den gesetzlichen Vertreter des Kindes (Mutter oder Vormund) auf die gesetzlichen Bestimmungen und die Ansprüche aufmerksam. Selbstverständlich werden daraufhin auch in der Regel Anträge gestellt. Im übrigen darf niemand denken, daß er mit der Waisenaussteuer Berge versetzen kann. Der Durchschnittsbetrag einer solchen (sie wird nach den geleisteten Beiträgen des verstorbenen Ernährers berechnet) ist etwa 25 bis 28 Mark. Im allgemeinen wird sich aus diesen niedrigen Beträgen das geringe Interesse an der ganzen Einrichtung erklären.

* **Die Hausangestelltenordnung für die Provinz Sachsen und Anhalt**, die von der vor mehreren Wochen zusammengetretenen Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus der Hauswirtschaft in der Provinz Sachsen und Anhalt aufgestellt worden ist, ist jetzt nebst einem Mustervertrag für Hausangestellte im Verlage von Albert Rathke, Magdeburg, Breite Weg, erschienen und zum Preise von 30 Pf. zu beziehen. Die Vereinbarung, an der die landwirtschaftlichen Hausfrauenvereine, eine Reihe städtischer Hausfrauenvereine und die Verbände der Hausangestellten beteiligt sind, enthält allgemeine Bestimmungen über die Arbeitszeit, die Pausen und Freistunden, die Unterkunft, die Anregung der Naturalbezüge, Vergütung für Ueberstunden, Schlichtungsausschüsse und dergl. Die Regelung der Arbeitsbedingungen im einzelnen, insbesondere Festsetzung von Mindestlöhnen, ist besonderem Tarifabkommen in den einzelnen Orten oder Kreisen vorbehalten.

* **Ueber die Lage der Schwerkriegsbeschädigten** und der Art der Fürsorge für sie herrschen, wie man uns schreibt, vielfach verkehrte Meinungen. Es ist nicht richtig, diese Leute ohne Not an bestimmten Stellen anzusammeln. Solange sie noch Familienpflege haben, ist es am besten, sie dort zu lassen. Wenn möglich, ist auch die schwächste Kraft einem Beruf zuzuführen, da eine angemessene Beschäftigung das Gefühl der Befriedigung weckt und trübe Gedanken ablenkt. Nur diejenigen sind in Anstalten unterzubringen, die keine Familienpflege finden oder durch ihr Leiden derartig beeinträchtigt sind, daß sie besonderer Verhältnisse bedürfen. Dahin gehören die Schwergelähmten, Gichtischen, Gequetschten und dadurch unreinlich Gewordenen. Die Zahl dieser Pflegebedürftigen wird mit den Jahren erheblich wachsen, da die Kriegsstrapazen und die Unterernährung frühzeitige Greise schaffen. Viele Leute werden im Alter von 40—50 Jahren Erscheinungen zeigen, wie sie sonst nur im hohen Alter zum Vorschein kommen. Dann werden die Kriegsbeschädigten zu Tausenden bei den Anstalten anklopfen und Aufnahme begehren. Im Hinblick darauf wird allenthalben die Schaffung von Fürsorgeheimen angestrebt, damit in der größten Not keiner der tapferen Vaterlandsverteidiger ohne Heimat sei. Das erste Haus dieser Art ist das Hohenzollernstift zu Magdeburg-Cracau, das einstweilen noch als Lazarett dient, nach Auflösung desselben aber der bezeichneten Aufgabe voll und ganz zugeführt werden soll.

Vortrag über Expressionismus. Am Freitag, den 28. März, findet im Mozartsaal ein Vortrag des bekannten Leipziger Kunsthistorikers Professor Dr. Wackernagel über den Expressionismus in der bildenden Kunst statt, den der Künstlerverein auf dem Pflug veranstaltet. Eintrittskarten sind bei Heinrich Hothan in der Gr. Ulrichstraße zu haben, für Vereinsmitglieder zum halben Preis. Näheres in der Anzeige.

Stadttheater. Heute, Dienstag, abend 7 Uhr wird Rossinis komische Oper „Der Barbier von Sevilla" wiederholt. Mittwoch abend 7 Uhr gelangt unter der Spielleitung von Oberspielleiter Theo Modes das Schauspiel „Gewitter" von Alexander Zinn zur Erstaufführung. Es sind beschäftigt die Damen Jonas, Senken und die Herren Kriwat, Wilcke, Wedding, Schur, Tiedemann und Jarocki. Donnerstag abend 6 Uhr „Aida", Freitag „Nur ein Traum", Sonnabend „Undine". Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Renaissance", Sonntag abend „Lohengrin".

Polizei und Plünderungen.

Uns geht folgende Zuschrift zu:

Von einigen Führern der unabhängigen sozialdemokratischen Partei und auch von anderer Seite ist behauptet worden, die hier vorgekommenen Plünderungen seien darauf zurückzuführen, daß die Polizei gestreikt hätte. Sie sagen, der Mob habe Ausschreitungen begangen, weil keine Polizei da war. Gewiß hätten wir Plünderungen verhüten können, wenn wir die Macht dazu gehabt hätten. Aber diese Macht hatte uns der frühere hiesige A.- und S.-Rat, unter dessen besonderer Kontrolle wir standen, schon ehe es zu den Plünderungen kam, genommen. Er hat uns durch seine Maßnahmen gegen Verbrecherbanden wehrlos gemacht und zur Ohnmacht verurteilt. Vom A.- und S.-Rat wurde uns uniformierten Polizeibeamten bei Beginn der Revolution das Tragen von Schußwaffen untersagt. Als Anfang Februar der Antrag gestellt wurde, uns im Interesse der öffentlichen und eigenen Sicherheit die Schußwaffen auszuhändigen und tragen zu lassen, wurde dies vom Vertreter des A. und S.-Rates mit dem Bemerken abgelehnt, daß wir ja mit Sicherheitsmannschaften gemeinsam Dienst verrichteten und diese mit Schußwaffen ausgerüstet seien. Bemerkt sei dazu noch, daß uns das Recht Schußwaffen zu führen, unterm 13. Januar 1919 gesetzlich zuerkannt worden ist. Wie sollte da ein nur mit dem Seitengewehr bewaffneter Polizeibeamter gegen die Plünderer, die vielfach unter dem Schutze von mit Gewehren und Handgranaten ausgerüsteten Sicherheitsmannschaften und Zivilpersonen arbeiteten, einschreiten? Wir mußten es uns gefallen lassen, daß uns vor Antritt des Dienstes die Sicherheitsmannschaften körperlich daraufhin untersuchten, ob wir etwa Schußwaffen mit zum Patrouillendienste nahmen. Die damaligen Sicherheitsmannschaften behaupteten, sie hätten Befehl zu einer solchen Durchsuchung erhalten. Vom S.-Rat wurde auf Beschwerde hin mitgeteilt, daß ein solcher Befehl nicht ergangen sei. Weiter haben wir, weil wir uns verletzt fühlten, dagegen protestiert, daß wir mit solchen Sicherheitsmannschaften, die vielfach wegen Eigentumsvergehen und Rohheitsdelikten vorbestraft waren, gemeinsam auf der Straße Dienst tun sollten. Unsere Dienstbehörde hat dies auch an zuständiger Stelle vorgebracht, trotzdem wurden diese anrüchigen Mannschaften nicht aus dem Sicherheitsdienste herausgezogen. Oft mußten wir uns von diesen Sicherheitsmannschaften gefallen lassen, daß sie bei unserem pflichtgemäßen und rücksichtsvollsten Einschreiten für das Publikum und gegen uns Partei nahmen, ja uns sogar an der rechtmäßigen Ausübung unseres Dienstes hinderten. Mitglieder des S.-Rates spielten sich öfters uns gegenüber als Vorgesetzte auf und eigneten sich Machtbefugnisse an, die ihnen gar nicht zukamen. Es war soweit gekommen, daß sich fast keiner von uns mehr wagte, gegen Gesetzesübertretungen auf der Straße einzuschreiten, weil er dann vom Pöbel belästigt, daran gehindert und oft auch tätlich angegriffen wurde.

War es uns da zu verdenken, daß wir uns an dem Bürgerstreik beteiligten, der sich gegen den Terror richtete, der von der unabhängigen sozialdemokratischen Seite ausging und unter dem wohl keine andere Beamtenkategorie so zu leiden gehabt hatte, als gerade die Polizei. Wir wollten und mußten diesem Terror durch unseren Streik mit sprengen helfen.

Ein sichtbares Aufatmen ging dann auch durch uns, als wieder geordnete Verhältnisse eintraten.
der geordnete Verhältnisse eintraten. **Sofort haben wir uns dann auch wieder in den Dienst der Allgemeinheit gestellt** und den unter den jetzigen Verhältnissen gewiß nicht leichten Dienst aufgenommen, als der Aktionsausschuß des Bürgerstreiks den Streik für beendet erklärte und wir wieder Schußwaffen erhielten.

Wir wollen auch weiterhin im Interesse der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit unseren Dienst getreulich erfüllen und mit den ordnungsliebenden Einwohnern der Stadt in gutem Einvernehmen leben. Wir sind keineswegs reaktionär gesinnt, haben die neue Zeit verstanden und sind froh, von manchem Joche befreit zu sein, das auch uns drückte.

Der Beamtenausschuß der Polizei-Exekutivbeamten der Stadt Halle.

Ammendorf. Gemeindevertretung. Am Mittwoch, den 15. März fand die erste Sitzung der neugewählten Gemeindevertretung im Sitzungssaale der Gemeindeverwaltung statt. Die Gemeindevertretung besteht außer dem Gemeindevorsteher und den vier Schöffen aus 13 Vertretern der U. S. P., 2 Vertretern der alten sozialdemokratischen Partei, 2 Vertretern der demokr. Partei und 1 dn. Vertreter. Der Hauptteil der Beratungen war die Feststellung des Haushaltungsplanes für 1919 nebst zugehörigen Anträgen der Gemeindebeamten und Lehrer. Der 52 Seiten starke, gedruckt vorliegende Haushaltungsplan wird mit einigen Aenderungen gutgeheißen. Der Beitrag zu den Synodalkosten und die Gemeindebeihilfen zu den Kirchenlasten wurde gestrichen u. der Betrag dem Schuletat überwiesen; dementsprechend die Zuschüsse von der Kirchenkasse nicht vereinnahmt. Dem Antrage der Gemeindebeamten, die Mietsentschädigung auf 600 Mk. (Gem.-Vorsteher 900 Mk.) zu erhöhen, wurde entsprochen. Die Kriegsjahre sollen den Gemeindebeamten bei der Pensionierung doppelt angerechnet werden. Ueber die Kosten für den Arbeiterrat soll nach dem 8. April boraten werden, weil erst nach den Entscheidungen des Rätekongresses in Berlin Klarheit über diese Frage geschaffen ist. Ein im Jahre 1910 gestellter Antrag der Lehrpersonen auf Zahlung von Ortszulage wurde s. Zt. von der Gemeindevertretung angenommen, aber von der Kgl. Regierung in Merseburg aus nicht stichhaltigen Gründen abgelehnt, einer erneuten Eingabe wurde diesseits wieder entsprochen, in der Hoffnung auf Zustimmung der neuen Regierung. Die Teuerungszulagen der Gemeindebeamten wurden den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend erhöht. Um den Dienstbetrieb zu erleichtern, soll in der Schule ein Telephon angelegt werden. Die Beträge für Lehrerbibliothek, Lehr- und Lernmittel sind wesentlich erhöht; auch ist ein entsprechender Betrag zur Errichtung einer Grundschulklasse (Anfang zur Einheitsschule) eingesetzt. Ein Antrag der Allgem. Elektr.-Gesellschaft auf Erhöhung des Strompreises wurde bis auf Einsicht einer Selbstkostenberechnung des Werkes vertagt. Die Neuwahl der Kommissionsmitglieder geschah durch Zuruf und erledigte sich zur allseitigen Zufriedenheit. Die sechsstündige, anregende Sitzung machte den Eindruck, daß alle Mitglieder bemüht waren, Gutes für die Gemeinde zu schaffen, sie kann deshalb als ein guter Anfang gelten.

Aus der Provinz.

Die Schöffen und die Sozialdemokratie in den Landgemeinden.

In einer großen Anzahl Landgemeinden haben die Wahlen zu den Gemeindevertretungen sozialdemokratische Mehrheiten gebracht. Die Gemeinden wollen also, daß die Forderungen der Sozialdemokratie zur Durchführung kommen.

Nach der Landgemeindeordnung — die die verfassungsrechtliche Grundlage der Landgemeinde bildet — wird die Gemeindevertretung durch die Gemeindevertreter und den Gemeindevorstand — Vorsteher und mindestens zwei Schöffen — dargestellt. Die Zahl der Gemeindevertreter muß mindestens dreimal so groß sein, als Gemeindevorsteher und Schöffen zusammen zählen. Wird also der Gemeindevorstand aus Vorsteher und zwei Schöffen gebildet, so muß die Zahl der Gemeindevertreter mindestens neun betragen.

Gemeindevorsteher und Schöffen sind noch von den alten Gemeindevertretungen, die auf Grund des alten Dreiklassenwahlsystems gewählt waren, bestimmt worden. Sie sind daher mehr oder weniger der Ausdruck des Willens einer Minderheit der Gemeinden, deren Macht mit Recht durch die politische Umwälzung gebrochen wurde. Diesen Vertretern des alten Systems stehen neun Vertreter gegenüber, die auf Grund des allgemeinen, gleichen Wahlrechts gewählt sind. Hat die Sozialdemokratie sechs Sitze der vorhandenen neun erobert, will also eine Zweidrittelmehrheit der Gemeinde, daß den Forderungen der Sozialdemokratie Rechnung getragen wird, so ist das nicht möglich, da sich sechs Vertreter des neuen sechs Vertreter des alten Systems gegenüberstehen. Ein fruchtbringendes Arbeiten wird unmöglich gemacht. Das Verhältnis wird natürlich dann noch mehr zugunsten der Vertreter des alten Systems verschoben, wenn die Sozialdemokraten nicht Zweidrittel-, sondern kleinere Mehrheiten aufweisen. Der Wille der Gemeinde kommt also durch die Gemeindevertretungen nicht zum Ausdruck. Jetzt sollen die Wahlen zu den Kreistagen vorgenommen werden. Wahlkörper und damit die Grundlage sind wiederum die Gemeindevertretungen. Die Folge ist, daß nicht Vertreter der neuen, sondern solche der alten Anschauung gewählt werden. In Wahlverbänden der Landgemeinden, die drei Abgeordnete zu wählen haben, ist die Wahl allerdings unmittelbar; doch trifft dies ja nicht für die Landgemeinden zu, auf welche ein Abgeordneter entfällt.

Eine Aenderung dieses Zustandes wäre möglich, wenn die Schöffen ihre Mandate zur Verfügung stellen würden, damit eine Neuwahl vorgenommen werden kann. Doch haben die Schöffen der Landgemeinden nicht immer das politische Taktgefühl, das die Voraussetzung dazu bildet. Kann sich die Gemeindevertretung dazu aufschwingen, die Zahl der Gemeindevertreter zu erhöhen so wäre damit in vielen Fällen eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse zu erreichen. Doch auch hier ist sie Richter in eigener Sache.

Abhilfe kann nur erzielt werden, wenn die preußische Nationalversammlung so schnell wie möglich ein Gesetz macht, das unter anderm eine sofortige Neuwahl der Gemeindevorstände vorschreibt. Wird dieser Forderung nicht bald Rechnung getragen, dann bleibt den Landgemeinden nicht viel von den Errungenschaften der politischen Umwälzung. Daß daher in dieser Beziehung schnelle Arbeit geleistet wird, ist Aufgabe unserer in die preußische Nationalversammlung entsandten Abgeordneten.

Bis dahin dürfen unsere Vertreter in den Gemeindevertretungen kein Mittel unversucht lassen, auch auf der bestehenden Grundlage unsern Forderungen Nachdruck zu verschaffen.

Zeitz. Stadtverordnetenwahlen. Verteilung der Sitze: S. P. D. 2 Sitze, U. S. P. D. 21, Bürgerliche 19 Sitze.

Hohenmölsen. Am Mittwoch, den 19. März tagte zum ersten Male die neue Stadtvertretung. Neben 7 Bürgerlichen zogen 11 Sozialdemokraten und zwar 9 Anhänger der U. S. P. D. und 2 der alten Partei in das Stadtparlament ein. Herr Bürgermeister Rose begrüßte im Namen des Magistrats die neue Stadtvertretung. Er wies auf die schwere Zeit hin, welche für Deutschland durch den verlorenen gegangenen Krieg hereingebrochen sei. Von dem Wohlergehen des Reiches hänge auch nicht zum mindesten das Wohlergehen der Gemeinden ab. Er begrüßte die durch das Vertrauen der Bewohner gewählten neuen Vertreter der Stadt. Neben den neuen seien auch alte wieder mit eingezogen. Zum ersten Male befinde sich auch in der Mitte eine Frau als Vertreterin eines Geschlechts, das zum Ausgleich sozialer Fragen berufen sein soll. Viele Aufgaben seien zu erfüllen. Große Sorge mache die sich immer mehr bemerkbar machende Wohnungsnot. Die Stadt sei der Kleinsiedelungsgesellschaft der Provinz Sachsen mit einem Anteil von 20 000 Mark beigetreten. Auch der Gewerbestand müsse ein reges Interesse an dem Blühen und Gedeihen der Stadt haben. Es sei notwendig, alle Vorlagen genauestens zu prüfen und der Stadt nur da neue Lasten aufzuerlegen, wo es unbedingt notwendig und angebracht ist. Herr Bürgermeister Rose verpflichtet dann jeden einzelnen Stadtverordneten durch Handschlag und ruft denselben nochmals ein herzlich Willkommen zu mit dem Wunsche, daß die Tätigkeit zum Segen der Stadt und zu ihrer Befriedigung selbst gereichen möge. Das älteste Mitglied der Versammlung, Stadtv. Lehmann übernimmt hierauf den Vorsitz. Derselbe geht sogleich zur Erledigung der Tagesordnung über. Bei der Wahl des Vorstehers, des Schriftführers und deren Stellvertreter tritt der Stadtv. Mende warm für die Wiederwahl des bisherigen Vorstehers Lehmann ein, während von der anderen Seite der Stadtv. Keil in Vorschlag gebracht wird. Mende verspricht sich von einer Wiederwahl ein schnelleres Arbeiten, weil dieser in die ganze Materie schon eingearbeitet sei. Es genüge nicht nur die Versammlung zu eröffnen, sondern das Amt als Vorsteher setze auch eine gewisse Kenntnis und insbesondere der Bestimmungen der Städteordnung voraus. Die darauf erfolgte Wahl ergab von 18 abgegebenen Stimmzetteln 10 Stimmen für Keil und 7 Stimmen für Lehmann, 1 Zettel war unbeschrieben. Stadtv. Keil war somit zum Vorsteher gewählt. Der neue Vorsteher ging ohne irgend welche Antrittsrede in Erledigung der Tagesordnung weiter. Zum Vorsteher-Stellvertreter wurde auf Vorschlag des Stadtv. Schumann der Stadtv. Haupt mit 10 Stimmen gewählt. ungültig waren 8 Zettel. Bei der Wahl des Schriftführers beantragt der Stadtv. Mende, daß das Amt nicht mehr von einem Magistratsbeamten, sondern von einem Mitgliede der Stadtverordnetenversammlung auszuüben ist. Gewählt wird hierzu Stadtv. Eichner mit 17 Stimmen. Als Stellvertreter wird Stadtv. Böttcher mit 14 Stimmen gewählt. Die Wahlen zu den Geschäftsdeputationen haben auf Grund der Bestimmungen eines unterm 2. Januar 1886 erlassenen und vom Bezirksausschuß genehmigten Ortsstatuts zu erfolgen. In die Armenkommission wird Stadtv. Frau Loth an Stelle des Stadtv. Eichner, welcher freiwillig zurücktritt, beordert. Zu den bereits bestehenden Bezirksarmenpflegern werden auf Antrag des Stadtv. Eichner noch 3 Frauen und zwar Frau Marie Keil, Marie Gruner und Anna Härtel bestimmt. Die Baukommission wird durch Wahl des Stadtv. Nötzel und Härtel ergänzt. Weiter werden als Mitglieder der Flurkommission werden neben Reinicken und Neidel noch Karl Franz bestimmt. An Stelle des aus der Friedhofskommission ausgeschiedenen Herrn Vorwergk wird Stadtv. Pohle gewählt. Weiter werden in die Gesundheitskommission die Stadtv. Kellermann und Frau Loth gewählt, während ein Fortbestehen der Einquartierungskommission nicht mehr für notwendig erachtet wird. Neuwahlen werden daher nicht vorgenommen. Zum Mitgliede der Kassenkommission und Sparkassenkuratoriums werden an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Finsterwalder die Stadtv. Eichner und Mende vorgeschlagen. Gewählt wird 11 gegen 7 Stimmen Eichner. In die Wasserwerkskommission werden die Stadtv. Rob. Fischer, Nötzel und Kellermann und in die Elektrizitätswerkskommission schließlich die Stadtv. Wilh. Fischer und Mende gewählt. Der 5. Tagesordnungspunkt: Wahl eines Schiedsmannes und dessen Stellvertreters fand dahingehend seine Erledigung, daß die bisher fungierten Herren und zwar Hermann Böttger als Schiedsrichter und Tierarzt Haase als Stellvertreter wieder gewählt wurden. Damit war die Tagesordnung erschöpft und die erste Stadtverordnetenversammlung hatte ihr Ende erreicht.

Pollzben. Hier fand die Einführung und erste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung statt, die sich aus 7 Unabhängigen, 2 Demokraten, 1 Mehrheitssozialisten und 1 Deutschnationalen zusammensetzt.

Bockwitz. Am Donnerstag, den 20. März fand eine Mitgliederversammlung des Ortsvereins der S. P. D. statt, welche sehr gut besucht war. Zu Punkt Arbeiterrats-Wahlen begründete der Vorsitzende den Zweck der Wahlen und machte den Vorschlag, eine gemeinsame Liste mit der U. S. P. und Beamten und Angestellten aufzustellen. Von der U. S. P. sollen zwei, von der alten Partei zwei und den Beamten ein Vertreter aufgestellt werden. Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Demzufolge kommt die Wahl am Sonntag in Wegfall! Gewählt wurde unsererseits Genosse R. Schuller und E. Kostran. Es wurde noch darauf aufmerksam gemacht, daß die Vereins-Bibliothek jeden Sonntag von 10—12 Uhr vormittags bei Gabriel geöffnet ist und den Genossen empfohlen, davon reichlich Gebrauch zu machen.

Kurze Nachrichten. In Weißenfels kam ein Rangierer zwischen die Puffer zweier Waggons und starb an den Verletzungen. — In Sangerhausen wurde auf dem Bahnhofe einem Schleichhändler das Handwerk gelegt, der mit Erbsen zwischen Halle und Sangerhausen handelte. — Ebenso gelang es in Wittenberg einen jungen Mann zu verhaften, der größere Fleischmengen nach Leipzig verschieben wollte. — In Blankenburg entgleiste ein Personenzug, wobei der Hilfsbremser Kolle ums Leben kam. Lokomotivführer und Heizer wurden leicht verletzt. — Der Gemeinderat von Sonneberg stellte zur Beschaffung weiterer Notwohnungen 10 000 Mark und zu Notstandsarbeiten 193 000 Mark zur Verfügung.

Soziales.

Hauswirtschaftskurse für erwerbslose Frauen hat die Stadt Bielefeld eingerichtet, in denen 24 Frauen täglich 7 Stunden beschäftigt werden. Der Unterricht erstreckt sich auf Hauswirtschaft, Säuglingspflege und Näh- und Ausbesserungsarbeit und dauert sechs Wochen. In der Stadt laufen 4 Parallelkurse nebeneinander. Außerdem werden 6 Kurse im Landkreis gehalten. — In Karlsruhe meldeten sich zur Teilnahme an hauswirtschaftlichen Kursen 200 Frauen und Mädchen. In Kassel sind schon 12 Kurse mit 212 Teilnehmerinnen abgehalten worden.

Volksbildung.

Der Deutsche Arbeiter-Stenotachygraphenverband hat mit dem Allg. deutschen Stenotachygraphenverbande vereinbart, daß letzterer überall Arbeiter-Unterrichtskurse und -Vereine einrichten wird, wo noch keine solchen bestehen. Der Arbeiterbund hat sich zu Gegenleistungen verpflichtet. Lernlustige, die einem Arbeiter-Stenotachygraphenkurse oder -Vereine beitreten wollen, können ihre Adresse einsenden für Halle und für Sachsen, Thüringen und Anhalt an Herrn Franz Goetze, Torgau, Breite Straße 11, für das übrige Deutschland an Herrn C. L. Klubescheidt, Jöhstadt im Erzgebirge.

- Magdeburgisches -
Pionier-Bataillon 4.
Freiwillige!

Pioniere, Scheinwerfer und Minenwerfer — wer gelobt, dass er sich als tapferer, ehrliebender Soldat verhalten, der Verteidigung des deutschen Reiches und des Heimatsstaates, zu jeder Zeit, an jedem Ort, seine ganze Kraft widmen, die vom Volk eingesetzte Regierung schützen und seinen Vorgesetzten Gehorsam leisten will, der melde sich. Einstellung von Unteroffizieren und Mannschaften aller Jahrgänge, die mindestens 6 Monate Dienstzeit hatten, sofort.

Bedingungen, sind die bekannten Bedingungen für Freiwillige.

Meldungen beim Pionier-Bataillon Nr. 4, Magdeburg, Turmschanzenstrasse, oder beim zuständigen Bezirkskommando. 2591

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190325-17/fragment/page=0006